

Lübecker Volksbote.

Organ für die Interessen der werktätigen Bevölkerung.

Mit der illustrierten Beilage „Die Neue Welt“ und einer wöchentlichen Unterhaltungsbeilage.

Der „Lübecker Volksbote“ erscheint täglich nachmittags (außer an Sonn- und Festtagen) und ist durch die Expedition, Johannisstraße 46, und die Post zu beziehen. — Der Abonnementspreis beträgt vierteljährlich 2,00 Mark, monatlich 70 Pfennig.

Redaktion u. Geschäftsstelle:
Johannisstraße Nr. 46.
Fernsprecher: Nr. 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die fünfgespaltene Petitzeile oder deren Raum 20 Pfg., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 10 Pfg., auswärtige Anzeigen 50 Pfg. — Inserate für die nächste Nummer müssen bis 9 Uhr vormittags, größere früher, in der Expedition abgegeben werden.

Nr. 122.

Mittwoch, den 28. Mai 1913.

20. Jahrg.

Hierzu eine Beilage und das „Wöchentliche Unterhaltungsblatt“.

Unverantwortliche „Regierung“.

Die äußere und innere Politik des Deutschen Reiches wird von Faktoren gemacht, auf denen keine bestimmte Verantwortlichkeit lastet. Wir sehen zwar Regierungen vor uns, die sich öffentlich vor den Parlamenten zu verantworten, verpflichtet sind, wenn auch diese Art der Verantwortlichkeit mit der, wie sie in demokratischen und konstitutionellen Staatswesen besteht, nicht verglichen werden kann. Aber diese Regierungen, wie sie sonst auch auftreten mögen, machen die Politik nicht nach freien Entschlüssen. Sie werden von Strömungen und Einflüssen getrieben, die an der Oberfläche nicht sichtbar sind.

Dergleichen sahen wir bei der jüngst geforderten Heeresverpflichtung. Die Regierung hatte vor kurzem erklärt, daß die Stärke der deutschen Armee für den Kriegsfall genügend sei, nachdem der Reichstag einigen Neuforderungen zugestimmt hatte. Und nun kam mit einem Male eine abermalige Neuforderung, die stärkste, die seit dem Bestand des Deutschen Reiches gestellt worden ist.

Man kam den geheimen Mächten auf die Spur, von denen die Treibereien ausgehen, denen die Regierung nachgeben zu müssen geglaubt hat. Es war das Rüstungskapital und in seinem Gefolge die ganze Menge der Kriegsheker und Säbeltrassel, die jahraus, jahrein die Welt mit ihrem Lärm erfüllen und zwei große Kulturvölker zu blutigen Konflikten von noch nie dagewesener Schrecklichkeit zu treiben suchen. Die Enthüllungen im Reichstag haben in diese Machinationen, welche so außerordentlich gefährlich sind und die Völker gar nicht mehr zu ruhigem Atmen kommen lassen, hineingeleuchtet. Leider können alle diese Elemente nicht zur Verantwortung gezogen werden, und sie sind imstande, im Klassenstaate ihr verderbliches Tun und Treiben ungehindert fortzusetzen.

Nachdem sie den ersten Erfolg mit der Wehrvorlage erreicht, gab sich der zweite von selbst. Auf die neue deutsche Heeresverpflichtung hin antwortete die Regierung der französischen Republik mit der Forderung der dreijährigen Dienstzeit.

Das Rüstungskapital ist, wie man weiß, international organisiert und kartelliert. Mit tausend Saugnapfen hält dieses Ungeheuer die Völker fest und zieht aus ihnen die Gewinne heraus, die dann unter die einzelnen Glieder gleichmäßig verteilt werden. Die Begriffe „Vaterland“ und „Nation“ sind für diese finstere und unheimliche Macht nur dazu da, um die Völker zu täuschen; Gott Mammon ist die einzige Autorität, die von ihr anerkannt wird. Das Geld im Kaufen klingt für sie lauter als die Friedensmahnungen von Bern.

Genau so überraschend wie die Wehrvorlage kommt nun die Ankündigung neuer Ausnahmegeetze für Elsaß-Lothringen. Es liegt nahe, den Ursprung dieser „Blutschuld“ auf die Einflüsse derselben Mächte zurückzuführen, welche das Betrüben zum Fieberausbruch gesteigert haben. Die öffentliche Meinung wird dies sicherlich tun. Zurzeit ergeben sich keine bestimmten Anhaltspunkte dafür. Warten wir ab, wie die Sache sich weiterentwickelt.

Unsere Hoffnungen, die langersehnte Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland werde in einen nahen Bereich der Möglichkeit rücken, war von jeher nur eine sehr schwache. Solange der Druck des Militarismus wie ein Alp auf beiden Ländern liegt, kann darunter die zarte Pflanze des Friedens niemals recht gedeihen. Man kann sich schon glücklich schätzen, wenn sie von einer Krise zur andern künstlich weitergepöppelt wird.

Simmerhin mögen die englischen Abrüstungsvorschläge und die Bemühungen um eine Annäherung respektive endliche Ausöhnung zwischen Deutschland und Frankreich Hoffnungen erweckt haben, die bedeutend weitergingen als zuvor. Dazu kam die bei der elsäß-lothringischen Bevölkerung von der Sozialdemokratie angeregte Kundgebung, welche bekundete, daß die Elsaß-Lothringer selber sich in den bestehenden Zustand gefügt haben und daß sie am entschiedensten den Gedanken zurückweisen, es möge das künftige Schicksal ihres Landes durch einen völkermordenden Krieg entschieden werden. Diese Stimmung und Anschauung war durch die Einführung der elsäß-lothringischen neuen Verfassung bestärkt worden. Bei dieser Gelegenheit war der bisher vom Reiche an den Elsaß-Lothringern ausgeübten Staatskunst eine Lektion erteilt worden. Die Bevölkerung der Reichslande hatte gezeigt, daß ihre aus der historischen Entwicklung hervorgegangene demokratische Art nicht ausgefittigt werden konnte, auch nachdem preußische Junker und Bürokraten vierzig Jahre dort regiert hatten. Sie bewies dies dadurch, daß sie vor dem

Begriff der Republik nicht dieselbe Furcht empfand wie der deutsche Spießbürger, der sich eine Republik nicht ohne Revolutionstrüben und Guillotine denken kann.

Man konnte einen Augenblick daran denken, daß in der Behandlung der Reichslande andere Grundsätze zum Durchbruch gekommen seien als bisher. Hatten sich die Staatsmänner in Berlin wirklich daran erinnert, daß diese von Frankreich so bevorzugten Länder seit mehr als hundert Jahren sich von dem ganzen Schutt des Feudalismus befreit und damit ganz andere Zustände geschaffen hatten, als sie heute noch im junkerlichen Preußen bestehen? Hatte man in Berlin wirklich begriffen, daß nur die Autonomie die Wirkungen des bisherigen Ausnahmezustandes ausgleichen könne? Nun, wenn man davon einen Schimmer bekommen hatte, so ist er gründlich ausgelöscht worden. Die nunmehr angeforderten Ausnahmegeetze sind dafür Beweis genug. Sie zerstören zugleich auch den Rest der Hoffnungen auf eine Ausöhnung zwischen Frankreich und Deutschland in absehbarer Zeit.

Je mehr und je leichter sich die Völker diesseits und jenseits der Vogesen verständigen, desto mehr und desto eifriger scheinen große und einflussreiche Strömungen unter den herrschenden Klassen beider Länder sich zu bemühen, die alte Feindschaft zu schüren.

Selbst wenn die Volksvertretung einen Strich durch die neue Politik der Ausnahmegeetze in den Reichslanden machen wird, so wird nunmehr in Frankreich der Chauvinismus neu erwachen und seine Rückwirkung auf Deutschland ausüben.

Solche plötzlichen Wandlungen in der Reichspolitik gehen unseres Erachtens nicht von einzelnen Personen aus; hier kommen mächtige, unkontrollierbare und unverantwortliche Strömungen in Betracht, welche einen oft unwiderstehlichen Druck ausüben. Man denke nur an die Flottentreibereien. Während des nun beginnenden politischen Kampfes werden diese Interessengruppen zum Vorschein kommen. Wir werden Rüstungskapital und Junkertum in traulichem Verein sehen. Das erstere wird den Profit davon haben, wenn es ihm gelingt, das Rüstungsfieber noch weiter zu steigern.

Es zeigt dies alles nur, weshalb ein Kampf erforderlich sein wird, um diese Mächte niederzurufen. Aber der Kampf hat begonnen und er wird nicht ruhen, bis das Ziel erreicht ist.

Politische Rundschau.

Deutschland.

Der Wiederzusammentritt des Reichstages.

Der Reichstag ist am Dienstag wieder zusammengetreten und Herr Kämpf eröffnete die Sommertagung gleich wieder mit einer Betonung der militaristischen Bewilligungsfreudigkeit, die er wohl als die oberste Pflicht der deutschen Volksvertretung betrachtet. Der Präsident des Reichstages hielt es für angemessen, der Budgetkommission für die „kräftige Förderung“ der Wehrvorlage zu danken, als ob er ein Kommissar des Kriegsministers wäre. — Eine Anfrage des Vorsitzenden der Polnischen Berufsvereinigung, des Abg. Soltyski, über die Haltung der oberösterreichischen Polizei beim Bergarbeiterstreik wurde von dem Vertreter des Staatssekretärs Delbrück selbstverständlich dahin beantwortet, daß der Polizei in Oberschlesien nichts ferner läge, als das Reichsvereinsgesetz oder sonst irgend ein Gesetz zu verletzen. Wo wird sie denn! — Dann beriet der Reichstag Petitionen. Eine umfangreiche Debatte entspann sich zunächst über Petitionen, die die Einsetzung eines Reichseinigungsamtes oder wenigstens einer Zentralstelle zur Förderung des Abschusses von Tarifverträgen verlangten. Unsere Genossen König und Brey sprachen sich natürlich für eine solche Institution aus, erklärten aber, daß ihre Vorbedingung ein wirklich freies Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter sein müsse, denn natürlich kann ein Einigungsamt niemals ein Ersatz für die Organisation der Arbeiter sein, sondern es könnte nur in manchen Fällen verhindern, daß Differenzen zwischen den Organisationen der Arbeiter und der Unternehmer durch den Kampf ausgetragen werden. Der Generalsekretär der christlichen Gewerkschaften, Herr Behrens, fand diese Haltung „eigenartig“, aber sein eigener Standpunkt erschien gleich darauf, um so eigenartiger, als unsere Genossen nachwies, daß der christliche Gewerkschaftskongress selbst sich auf den gleichen Standpunkt wie die freien Gewerkschaften gestellt hat! — Man übermies diese Petitionen zur Berücksichtigung und beriet dann Petitionen, die eine Erhöhung des als unzulässig geltenden Existenzminimums der Arbeiter und Angestellten forderten. Hier kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen den Interessen der Arbeiter und Angestellten, die durch unerbittliche Kollage der Möglichkeit beraubt werden, ihre Schulden zu bezahlen und den Interessen der Gewerbetreibenden,

die hierdurch geschädigt werden. In der Mehrzahl der schwereren Fälle von solchen Schädigungen dürfte es sich aber eher um Leute handeln, die ihre Schulden nicht bezahlen wollen. Für diese Leute sich einzusetzen, fiel unseren Genossen Giebel und Hoch natürlich nicht ein, wohl aber traten sie energisch dagegen auf, daß Arbeitern und Angestellten, die in Not geraten, auch noch ihr Lohn weggenommen werden könne. Die Sozialdemokratie blieb mit dieser Stellungnahme ziemlich allein und die Parteien des schwarzen Blattes laten sich nach der Reichsfinanzreform, den Wucherzöllen und den Rüstungsbewilligungen als die einzig wahren Mittelstandsfreunde auf, während die Nationalliberalen ihren Angestelltenführer Marquardt im Stich ließen. Unser Antrag auf Überweisung der Petitionen zur Berücksichtigung wurde abgelehnt und nur deren Überweisung als Material beschlossen. Endlich beschäftigte man sich noch mit der Frage der Unterstellung der Gärtnerei unter die Gewerbeordnung, kam aber hier zu keinem Beschluß. Am Mittwoch sollen die elsäß-lothringischen Ausnahmegeetze infolge unserer Interpellation besprochen und dann das Staatsangehörigkeitsgesetz beraten werden.

Verletzung des Budgetrechts des Reichstages.

Die Budgetkommission hat am Montag dem Kriegsminister die Ermächtigung erteilt, mit den von der Kommission bewilligten Bauten sofort zu beginnen. Der Referent hatte betont, daß damit eine Ersparnis zu erzielen sei, weil verhütet werde, daß die neu aufzustellenden Truppenteile erst in provisorische Unterkunftsräume verlegt werden müßten, vielmehr sofort ihre Kasernen beziehen könnten. Beim Kriegsminister kam mit dem Essen der Appetit, denn er sprach nunmehr den Wunsch aus, daß man ihm auch gestatten möge, sofort die Lieferung von Waffen und Munition in Auftrag zu geben. Die einzige Partei, die dagegen Einspruch erhob, war die Sozialdemokratie, deren Vertreter es direkt als den schlimmsten Unfug bezeichneten, Ausgaben zu machen, die der Reichstag noch nicht bewilligt hat. Zudem handelt es sich dabei um viele Millionen Mark. Die vom Kriegsminister erbetene Ermächtigung, soweit es sich um die Beschaffung von Waffen und Munition handelte, wurde nicht erteilt. Der sozialdemokratische Widerspruch war völlig berechtigt, denn es hieß, das Budgetrecht des Reichstages besitzend, wenn es der Regierung gestattet würde, Gelder auszugeben auf Grund von Kommissionsbeschlüssen, die erst noch eine zweite Lesung in der Kommission zu passieren haben, also noch weit davon entfernt sind, vom Plenum des Reichstages verabschiedet zu werden.

Der Kampf um die Reichsvermögenssteuer.

Es hat den Anschein, als ob unter den bürgerlichen Parteien im Reichstag sich eine Mehrheit für eine Reichsvermögenssteuer finden läßt. Fraglich ist aber, ob im Bundesrat eine Mehrheit für eine solche Steuer vorhanden ist, nachdem der Reichskanzler sie bereits als unannehmbar bezeichnet hat. Die Bemerkung des Reichskanzlers würde an sich nicht viel bedeuten, denn er hat wiederholte gezeigt, daß er auch anders kann, aber die einzelnen Bundesstaaten, besonders Bayern und Sachsen, halten an ihrem Widerspruch fest, weil sie fürchten, daß ihnen ein Steuerquelle abgegraben würde. Für eine Erbschaftsteuer sind aber weder Zentrum noch Konservative zu haben, die sogar entschlossen sind, unter diesen Umständen die Militärvorlage abzulehnen. Von der Entscheidung, die am Mittwoch zu Beginn der Sitzung der Budgetkommission fällt, wird sehr viel abhängen, und der Unterstaatssekretär der Reichskanzlei, Geheimrat Wahnschaffe, rannete auch am Dienstag wieder von einem Parteiführer zum andern, um einer Verständigung die Wege zu ebnet. Bis jetzt muß der Erfolg anscheinend nicht auf seiner Seite.

Vom Kuhhandel.

Es wird berichtet: Am Montag haben zwischen Vertretern der Regierung und einigen Mitgliedern des Reichstages Besprechungen über die Gestaltung der Wehrvorlage in der zweiten Lesung der Budgetkommission stattgefunden, in denen versucht worden ist, einige Streichungen an der Vorlage in der zweiten Lesung wieder rückgängig zu machen. Die Bemühungen der Heeresverwaltung haben in einzelnen Punkten Erfolg gehabt, der Wiederherstellung der zwei gestrichenen Kavallerie-Regimenter ist vorläufig das Zentrum noch ablenkend gegenüber. Die Heeresverwaltung hat ihrerseits Zugeständnisse gemacht der Richtung, den verschiedenen in Entschlüssen niedergelegten Wünschen tunlichst nachzukommen, so in der Uniformfrage und der Neuordnung des Straf- und Übungswesens.

Der kaiserliche Schwiegerjohn bekommt den Braunschweiger Thron.

Der Kaiser deutete schon in seiner Tafelrede bei der Hochzeitsfeier an, daß der Schwiegerjohn bald die „Sorge

Achtung Zentralverband der Zimmerer Deutschlands! Zahlstelle Lübeck! Über die Arbeiten der hiesigen Deputation (Staatsplatz) ist wegen Nichtankommens der hiesigen Lohn- und Arbeitsbedingungen die Sperre verhängt. Die Tariffkommission

Der Verein für Volksversicherung in Lübeck, der sich zur Aufgabe gesetzt hat, der von den Gewerkschaften und Genossenschaften ins Leben gerufenen Volksfürsorge das Wasser abzugraben, ist sehr eifrig an der Arbeit. Nicht nur seine Leiter in Versammlungen Propaganda machen und gar die Hebammen auffordern, im Interesse des Vereins wirken, sind dieser Tage auch Flugblätter in die Häuser getragen worden, welche die Kindervolkversicherung empfehlen. Ein solcher Eifer für die Versicherung des Volkes hat denn doch etwas einmaligen Charakter. Man bedenkt, daß es jenen Leuten solange, als die Arbeiter nicht zur Selbsthilfe schritten, völlig gleichgültig war, lehtere sich und ihre Familien versicherten oder nicht. Die werftätige Bevölkerung Lübecks ist auch weite Schichten des Mittelstandes werden die Bestrebungen des Vereins für Volksversicherung, die vertreten werden von entschieden politischen, sozialen und wirtschaftlichen Gegnern der Arbeiterchaft, richtig zu würdigen. Für sie lautet die Parole: Einem in die werkschaftlich-genossenschaftliche Volksfürsorge!

In einer öffentlichen Konsumvereinsversammlung die Dienstagabend im Gewerkschaftshaus stattfand, im Prof. Dr. Staudinger (Darmstadt). In klaren Worten zeigte der Redner an der Hand von nur wenigen Zahlen Vorteile und die Leistungsfähigkeit des Konsumvereins. Er führte den Preisunterschied einer Anzahl Waren hiesiger Geschäftsleute und derjenigen des Konsumvereins an, wobei am besten des letzteren 13,5 % ins Geld gespart werden können. Vier Stichproben ergaben, daß hiesige Geschäfte um 15,7, 12,6 und 14,1 % teurer verkaufen. Welche ungeheure Ersparnis ein Verein mit 5000 Mitgliedern erzielen kann, ist klar auf der Hand. Diese liegt aber — die 13,5 % Preisumspaltung zugrunde gelegt — nicht allein in den zahlreichem beim hiesigen Konsumverein zum Ausdruck gebrachten 312 Mark, sie äußert sich bei allen Konsumvereinen auch in ersparten Geschäftskosten gegenüber den Händlern, und Abhaltung weit höherer Preise, wobei die guten Ansehungbedingungen der Konsumvereinsangehörigen nicht außer gelassen werden dürfen, die Privatbetriebe nie gewagt würden, weil sie in erster Linie vom Profit geleitet werden. Bietet einmal ein großes Geschäft zu billigerem Preise an, so kann man gewiß sein, daß dies auf Kosten der Konsumenten geschieht, alles im umgekehrten Verhältnis zum Konsumverein. Dann ging der Redner auf das sozialistische Prinzip des Konsumvereins ein, schilderte, wie den Arbeitern stets ihr unökonomisches Haushalten vorgeworfen wurde, nun, da sie praktisch wirtschaften wollen, werde ihnen die lange genug theoretisch empfohlene Selbsthilfe zum Vorbild gemacht. Der Konsumverein verlange von seinen Mitgliedern beim Eintritt keinen Beitrittsgeld, und wenn hier im Gegensatz zu andern Städten — in Stuttgart soll sogar ein Minimum Mitglied sein — die Bürgerlichen dem Konsumverein beizutreten, dann bewiesen eben die Lübecker Sozialdemokraten, daß sie vernünftiger als die von der andern Faktutät her Grundlag der Großen sei stets das Teilen und Herrschen wähe, das Vaterland im Munde zu führen und den Darm auf den Selbstentwurf zu halten. Zwar führe die Konsequenz aller Parteien zur Genossenschaft, doch verbiete gerade Terror der andern Parteien den Eintritt in auf sozialistischer Basis beruhende Konsumgenossenschaften. Der liberale Ungehörigkeit in Endziel zur Rücksichtslosigkeit, Herrschaft und Unterdrückung geführt. Arbeit schafft Werte, sagt Marx. Mehrwertzerlegen gehört der Verkauf der Waren, und der Verkauf der Käufer, die Konsumenten, die im Zeitalter Liberalismus nicht estimiert wurden. In leichtverständlichen Worten erläuterte Prof. Staudinger das Verhältnis zwischen Produzent und Konsument, zeigte, wie die Käufer das Produkt verteilen in der Hand haben. Wenn sie den Profit zu eigenen Besten sich selbst statt dem Kapitalisten zuwenden, damit ihre Kaufkraft erhöhen, dann verdienen sie gerade Gegenteil von dem, was Zeitungen vom Schlage des Amblattes in Lübeck ihnen zum Vorwurf machen. Ein Teil Mittelstandes und Handwerks ist schon durch die Entwicklung aufgegriffen, ein anderer wird weiterzifferieren und man früher selbständige Kaufmann fand als Angestellter beim Konsumverein ein besseres Los als er einst besaß. Da ist es auch noch, ob der Händler lieber abhängig sein will, wie Gros seiner Mitmenschen oder vom ihm mißachteten Kapital. Allem Predigen voran steht jedoch die Praxis jeder Hausfrau die Vorteile täglich fühlen läßt, die ihr der Mitgliedschaft beim Konsumverein erwachsen. (Beifall.) Einige praktische Winke des Referenten bezuglich der Fortschritt des hiesigen Konsumvereins wurden vom Geschäftsführer Henze, der die Versammlung leitete, dankbar anerkannt und der Beachtung empfohlen. Mit der Forderung, den Vortrag zu beherzigen, schloß die Versammlung. Diskussion fand nicht statt.

Lohn- und Arbeitsverhältnisse in der Lübecker **Textilindustrie.** Man schreibt uns: Wenn die Verhältnisse heute an der mit den schönsten Konfektionsstätten ausgestatteten Tafel sitzen, so wird wohl in den allerwenigsten Fällen daran gedacht, unter welchen kläglichen Arbeits- und Lohnverhältnissen diese zubereitet werden, wie grade in dieser Branche lange Arbeitszeit besteht und der niedrigste Lohn, der Lübeck gezahlt wird, in diesen Betrieben üblich ist. Da z. B. die Firma B. Graumi u. Co., die ihren Arbeitern 21 und 22 Mk. wöchentlich zahlt, die Arbeiterinnen erhalten pro Stunde 16 und auch 17 Pfennig. Ob nun diese Löhne ausreichend sind für die Familie, das zu entscheiden wollen wir der Öffentlichkeit überlassen. Nach Auffassung der im Betriebe Beschäftigten reicht er nicht aus und es wurde deshalb am 12. Mai eine Eingabe an die Firma gemacht, um eine Aufbesserung des Lohnes; allerdings muß erwähnt werden, daß es vom Verband aus geschah. Die Firma wurde davon ausnehmend ziemlich unerwartet betroffen. Glaubte sie doch, daß sie mit „gutgesinnten“ Arbeitern und Arbeiterinnen zu tun hat. In dem Antwortschreiben, das der Fabrikarbeiterverband erhielt, war gesagt, daß die Firma es bis dato nicht ausgedacht hat, als mit ihrem eigenen Arbeiterpersonal Lohn- und sonstigen Angelegenheiten zu verhandeln und wäre ein weiterer Schriftwechsel nicht notwendig. Die Kommission, die dann hierauf vorstellend wurde, erhielt den kurzen Bescheid, daß keine Lohnzulage währte würde. Wenn es nicht mehr paßt, könne seine Klage eingereicht werden. Den Arbeitern kam diese Antwort jedoch etwas unerwartet; bezugnehmend auf das vom Verband gefandte Schreiben glaubten sie doch, die Firma würde eine kleine Zulage auf Grund der heutigen teuren Lebenslage bewilligen. Jedenfalls ist die Firma der Meinung,

des Herrscherberufs werde auf sich nehmen müssen. Die „B. Z.“ am Mittwoch berichtet nun, daß der Bundesrat in seiner letzten Sitzung die Frage geregelt und daß der junge Cumberlander die braunschweigische Regierung am 1. November antreten werde. — Der jetzige Regent will sich dann wieder ausschließlich dem Kolonialwesen widmen.

Nationaler Terror.

Die reaktionären Parteien benützen die öffentliche Abstimmung bei den preussischen Landtagswahlen, wie schon letzter, so auch jetzt wieder dazu, solchen Wählern Schwierigkeiten zu bereiten, die nicht im Sinne der Reaktion gestimmt haben. In Sonderburg wurde ein Arzt aufgefordert, dem Vorsitz im Marineverein niederzulegen, weil er es abgelehnt hatte, seine Stimme für die Heher gegen die dänische Bevölkerung in Schleswig-Holstein abzugeben. In Flensburg hat ein Kriegerverein einige seiner Mitglieder ausgeschlossen, weil sie bei den Wahlmännerwahlen nicht nationalliberale, sondern sozialdemokratische Wähler gewählt haben.

Zentrumsführer-Porträts.

Der Streit zwischen Kölner und Berliner Richtung im Zentrum hat durch die Landtagsagitation in Preußen wesentliche Verschärfungen erfahren. Die „Kölner“ haben Agitatoren ihrer Richtung nach Schlesien geschickt, die dort gegen den schlesischen Grafen Oppersdorff und seine Richtung redeten; auch der Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, Dr. Porich hat sich energisch gegen Oppersdorff gewandt. Das Blatt des Grafen Oppersdorff „Wahrheit und Klarheit“ nimmt sich nun den vom jungen, fast katholischen Doktor langsam und sicher zum Geheimen Justizrat und Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses aufgestiegenen Porich kräftig vor.

Es genügt hier folgende Stelle aus der christlich-brüderlichen Abfuhr mitzuteilen:

„Nicht der Person des Herrn Dr. Felix Porich galt und gilt unsere Kritik. Aber dem, was er in der Öffentlichkeit selbst jagte, tat und unterließ, und dem, was er andere ganz ungestört tun und lassen und sagen ließ, die doch dem von ihm beanspruchten, dem nach allen Seiten vorhandenen, aber ganz und gar nicht gleichmäßig benutzten Führereinfluß unterstanden. Dem galt und gilt unsere freie Kritik; Dem muß der Personenkultus — der oft gut gemeint, oft auch nicht chemisch reinen Impulsen entspringt — weichen und geopfert werden. Uns schrieb einmal einer, der die Dinge und Personen leidlich kennt: „Ich halte Porich viel mehr für einen geistigen Schwergewichtsheber, der unter Stöhnen sein Pensum abjaktiert — im Gegensatz zu Julius Bache, der sich viel mehr auf die Kunst glatter, süßlich lächelnder Sophistik, des parfümierten Hezen-Einmaleins und des jonglierenden Piffikus versteht. Porich: elegisch gestimmter Diktator; Bache: Partei-Kinematolor; Drogist, Farbenmischer und Filmlieferant in einem.“

Nicht ganz so — aber ähnlich lautet unser Urteil.

Schwäbische Bündlerparade.

Der württembergische Landesverband des Bundes der Landwirte hielt am Sonntag seine Jahresversammlung ab, auf der die Redner in der üblichen poltrigen Weise gegen die Sozialdemokratie, die Fortschrittler, die Oberbürgermeister der Städte und alle die Schichten, die sich der hyperagrarischen Politik widersetzen, vom Leder zogen. Trotz des Glüdes, das die Bündler bei den letzten Landtagswahlen hatten, herrschte in der Versammlung eine gedrückte Stimmung. Mit der Organisation will es nicht vorwärts gehen. Die Opferbereitschaft der Mitglieder ist sehr begrenzt. Mit dem Beitrag von 1,50 Mark pro Jahr ist die Leitung ins Schuldenmachen geraten. Ein Bezirksblatt mußte sein Erscheinen einstellen, zwei weiteren droht der Atem auszugehen, und die „Deutsche Reichspost“ in Stuttgart muß der ungünstigen Verhältnisse wegen in einen neuen Verlag übergehen.

Dem Zentrum wurde für die geleistete Wahlunterstützung wärmster Dank gesprochen. Dr. Vertel, der als Hauptredner angekündigt war, blieb aus, dafür sprach ein rheinländischer Hauptmann a. D. Paull, der in der gegenwärtigen Zusammenfassung des Reichstags-Gefahren für die Landwirtschaft erbliebt. In Wahlkämpfen, in denen Sozialdemokratie und Fortschrittler gegeneinander stehen, könne es den Bündlern ganz Wurst sein, wer siegt. Von den Nationalliberalen werde man bei künftigen Wahlen jeden Kandidaten auf Herz und Nieren prüfen. Unter der Führung Bassermanns mit den Nationalliberalen zusammenzugehen, das könnten die Bündler nicht verdauen. Die Auslieferung von Düsseldorf und Köln an die Sozialdemokratie hätte als Schandfleck auf den Nationalliberalen. Schließlich räumte der schneidende Hauptmann ein hohes Loblied auf das preussische Dreiklassenwahlrecht an, das dem Mittel- und dem Bauernstand so recht auf den Leib geschnitten sei. In einer angemessenen Resolution wurde die Wehrvorlage als wichtig, ebenso wichtig aber ein hoher Schutzzoll bezeichnet. Beim Wehrbeitrag wurde die Heraushebung der Untergrenze für Vermögen und die Herabsetzung der Untergrenze für die Einkommen verlangt. Eine Erbschaftsteuer wurde abgelehnt, dagegen eine Koffierungs- oder Dividenden-Steuer gefordert.

Die Herbstarbeiten des Reichstages.

Die „Berliner Politischen Nachrichten“ zählen die Arbeiten auf, die den Reichstag im nächsten Herbst beschäftigen sollen, als da sind: die Vorlage zur Erleichterung des Wiedererwerbs der Reichsangehörigkeit, Novellen zur Gewerbeordnung, zur Konkursordnung, zum Reichskriegsgesetz, Gesetzesentwürfe über den Betrug militärischer Geheimnisse, Haftpflicht der Eisenbahnen, Regelung des Luftfahrzeugwesens und Erneuerung des deutsch-englischen Handelsvertrages.

Dazu kommt der Gesetzesentwurf über den Verkehr mit Russland und die reichslandliche Bundesratsvorlage wegen Einschränkung des Bereichs und des Preises für Salz-Lieferungen — beides Vorlagen, die große Schwierigkeiten bereiten werden. Endlich rückt auch der Zeitpunkt immer näher, wo die Arbeiten zur Zolltariffrevision und zur Erneuerung der Handelsverträge

aus dem Stadium der amtlichen Vorbereitungen heraus-treten und für den Reichstag von aktueller Bedeutung werden. Das sei ein so reiches Arbeitspensum, daß — und nun kommt der Zweck dieser Aufzählung: der Reichstag Wehr- und Deckungsvorlagen schleunigst erledigen müsse, um im Herbst Zeit für die anderen Arbeiten zu haben.

Der Reichstag wird sich durch diesen offiziellen Versuch, ihn mit der Herbstarbeit zu schrecken, kaum dazu bewegen lassen, die Steuerentwürfe übers Knie zu brechen. Es ist ja nicht seine Schuld, wenn ihn die Regierung mit solchen schwerwiegenden Vorlagen überfällt.

Die Wahlbeteiligung unter dem preussischen Klassenwahlrecht

ist bekanntermaßen erbärmlich; seit Jahren sind selten mehr als 30 % der Wähler an die Wahlstätte getreten, häufig aber noch weniger. Einige Beispiele, wie gewählt wird, bringt das „Berl. Tageblatt“:

„In Oberschlesien war die Wahlbeteiligung bei den Wahlmännerwahlen sehr gering. Den Rekord aber hat wohl Laurahütte aufgestellt. In einem Wahlbezirk war von 275 Urwählern nur ein einziger in der dritten Abteilung erschienen; der sich und einem andern Wahlmann die Stimme gab; in der ersten und zweiten Abteilung wählte niemand. In einem anderen Wahlbezirk mit 310 Urwählern wählten nur drei in der ersten und zweiten Abteilung, in der dritten Abteilung war niemand erschienen.“

Nicht besser stand es mit der Wahlbeteiligung in Pommern. Aus Poryk wird geschrieben:

„In der ersten Abteilung des 4. Urwahlbezirks war für einen Wahlmann, der die Wahl abgelehnt hatte, ein Ersatzmann zu wählen. Es erschien aber kein einziger Wähler. Von 200 bis 300 eingeschriebener Wählern erschien hier im Durchschnitt ein Mann zur Wahl. Selbst den konservativen Urwählern war die Sache viel-sach zu dumm, bloß hinzugehen und unter Aufsicht ihrer Führer laut zu erklären, daß alles beim Alten bleiben solle, und auch sie blieben zu Hause.“

Eisenbahn und Industrie.

Der preussische Minister der öffentlichen Arbeiten hat die Eisenbahndirektionspräsidenten aufgefordert, enge Fühlung zwischen der Eisenbahn und der Industrie herzustellen. Die Entwicklung der industriellen Anlagen und anderer Verkehrsbringer sei sorgfältig zu überwachen und die geplanten Betriebserweiterungen und dergleichen, welche Einfluß auf die Eisenbahnverkehrs-verhältnisse haben, sei in ihren Entwicklungsaussichten genau zu verfolgen. — Man sollte meinen, das seien Selbstverständlichkeiten, die nicht erst im Jahre 1913 angeordnet werden müßten.

Ein Dementi.

Das offiziöse Wolffsche Telegraphenbureau demontiert die Mitteilung, daß die Abg. Erzberger und Bassermann dem Reichsfinanzler eine Reichsvermögenssteuer vorge schlagen haben. Trotdem scheint sich eine Einigung zwischen den Liberalen und dem Zentrum auf der Basis einer Reichsvermögenssteuer zu vollziehen. Der Aktus des Reichsfinanzlers, Unterstaatssekretär Wahnschaffe hat auch am Montag wieder während der Sitzung der Budgetkommission sehr eingehend mit den einzelnen Parteiführern verhandelt. Die Verhandlungen drehten sich, soweit man beobachten konnte, in der Tat um die Steuerfrage, und es ist keineswegs ausgeschlossen, daß in kürzester Zeit das zur Wirklichkeit wird, was heute demontiert wurde.

Österreich-Ungarn.

Militaristische Stimmungsmache auf Staatskosten. Durch eine Interpellation des demokratischen Abgeordneten Zanker erfährt man, daß in der Zeit der kriegerischen Gefahr zwischen Österreich und Montenegro ein Redakteur der Wiener christlich-sozialen „Reichspost“ auf einem Kriegsschiff eingeschifft war und von dort aus ohne jede Vergütung drahtlos seine Berichte an seine Zeitung senden durfte. Um die Sache nach außen hin irgendwie zu bemanteln, wurde der Redakteur Wagner in den Schiffslisten als k. u. k. Apothekergehilfe geführt. Überflüssig, zu bemerken, daß die „Reichspost“ die militaristische Stimmungsmache im großen betreibt, wie sie ja überhaupt der Clique sehr nahe steht, die den Thronfolger umgibt.

Frankreich.

Die Kammer und die dreijährige Dienstzeit. Die Kammer bewilligte nach lebhafter Auseinandersetzung mit 386 gegen 165 Stimmen die Kredite für die Zurückbezahlung des dritten Jahrganges.

Der Finanzminister brachte einen Gesetzentwurf ein, durch den eine progressive Steuer auf Einkommen über 10000 Franken eingeführt wird. Die Besteuerung soll über 70 Millionen einbringen, durch welche die Annuitäten der für die nationale Verteidigung bestimmten Anleihen von einer Milliarde gedeckt werden. Die Steuer soll 1 Proz. auf Einkommen bis zu 50000, 2 Proz. auf Einkommen bis zu 100000 und 3 Proz. auf Einkommen über 100000 Franken betragen.

Balkan.

Die Verbündeten unter sich. Amtlich wird bekannt gegeben, daß die Verluste der Griechen in den Kämpfen mit den Bulgaren am Pangaeus-Gebirge an Toten drei Offiziere und 56 Soldaten und an Verwundeten drei Offiziere und 134 Soldaten betragen.

Zwei noch in Serres befindliche griechische Eskadrons sind nach Lomgoga zurückbefohlen worden. Die griechische Regierung hat in Sofia gegen die Beziehung der zwischen Orsao und Kawaka kreuzenden griechischen Kriegsschiffe durch bulgarische Truppen Protest erhoben.

Die Situation zwischen Serbien und Bulgarien scheint sich ebenfalls zuzuspitzen. In Serbien sind die schon beabsichtigt gewesenen Referenzen zweiten und dritten Aufgebots wieder einberufen worden.

nicht alle bei ihr beschäftigten Arbeiter an der bekann- ten „Regehrlichkeit“ leiden, sondern daß auch noch einige da- zwischensind, die von der Humanität der Frau des Inhabers empfangen sind, die zu Weihnachten an diejenigen Arbeiter, die eine besonders gute Führung während des Jahres an den Tag gelegt haben, Weihnachtspakete verabsolgt, dessen Inhalt aus Kuchen, Tannenbaumkondit und Äpfeln besteht. Wir sind gewiß diejenigen, die es anerkennen, wenn ein gutes Empfinden zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer besteht, aber wenn dieses durch solche Weihnachtspakete herbeigeführt werden soll, so kann das kaum Veredelung erzeugen. Unser Bestreben geht dahin, einen den heutigen Verhältnissen entsprechenden Stundenlohn zu erzielen und deshalb war jedenfalls ein Stundenlohn von 40 Pfg. für Arbeiter und 20 Pfg. für Arbeiterinnen, welcher in der Eingabe verlangt wurde, nicht zu hoch bemessen.

Mit der Firma Charlotte Grassi sieht es noch trauriger aus. Es sind in diesem Betriebe noch Löhne von 18 bis 20 Mark wöchentlich vorhanden. Von diesem Wochenlohn wird noch pro Woche 1 Mk. einbehalten, die halbjährlich ausbezahlt wird. In diesem Betriebe ist keine Eingabe wegen Lohnherabsetzung gemacht worden, weil in der zu diesem Zweck durch Handzettel eingeladenen Arbeiter- und Arbeiterinnenversammlung niemand erschienen war; deswegen wurde angenommen, daß die dort Beschäftigten noch ganz gut mit dem Lohn auskommen, weil sie sich es noch gefallen lassen, daß obendrein pro Woche 1 Mk. von der Firma einbehalten wird vom Lohn. Es scheint, als wenn dieses bei der Firma Charlotte Grassi beschäftigte Arbeiterpersonal die gedrückte Lebenslage der Arbeiterklasse noch nicht empfunden hat oder, was man eher annehmen muß, daß sie bei der Arbeit abgestumpft sind und somit das selbständige Denken und Handeln bei ihnen so ziemlich ausgeschlossen ist. Auch verdient bei diesen Firmen die Importierung der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen im Frühjahr kritisiert zu werden. Wenn man als stiller Zuschauer das Verhältnis beobachtet, so muß man staunen, was diese Leute sich noch immer gefallen lassen. Zunächst die Massenquartiere, wo 12, 14 und auch 16 Betten in einem Raum sich befinden, was ja nicht so sehr verlockend ist; ferner das Arbeitsverhältnis, indem die betreffenden fohnmännliche ihrem Arbeitsplatz zuwandern müssen. Außerdem noch die Entlohnung, die Arbeiter — so viel man erfahren konnte — erhalten pro Tag 2 Mk., die Arbeiterinnen 1.40 Mk., außerdem jeder 30 Pfund Kartoffeln die Woche. Die Arbeiter und Arbeiterinnen bewirtschaften die Spargelplantagen. Ist die Zeit vorüber, so wandert der größte Teil wieder in seine Heimat oder greift auch in eine andere Branche ein auf den großen Gütern usw., wo sich die Importierung der polnischen Arbeiter und Arbeiterinnen in den letzten Jahren auch recht eingebürgert hat.

Was die andere beiden Firmen, Bahn u. Co. und D. S. Carlens, anbetriifft, so sind wir über erstere Lohn- und Arbeitsverhältnisse nicht genau informiert, wissen aber bestimmt, daß auch diese aufbesserungsbedürftig sind. Weil aber die im Betriebe beschäftigte Arbeiterschaft so ziemlich abseits der Organisation steht, so ist die Firma ja in der Lage, die betreffenden mit dürftigen Löhnen abspießen zu können. Es ist möglich, daß die Firma wohl nach der Eingabe bereit gewesen wäre, eine Lohnaufbesserung vorzunehmen, obgleich sie es nicht mit ihrer Würde vereinbaren konnte, eine Antwort auf dieselbe dem Gemeinderat zukommen zu lassen. Diese Firma ist aber doch überzeugt, daß ein Stundenlohn von 35 Pfg. für Arbeiter und 12—18 Pfg. für Arbeiterinnen, wie er auch in diesem Betriebe besteht, nicht ausreichend ist; aber allein vorgehen wird sie auch nicht wollen. Deshalb Arbeiter und Arbeiterinnen, die hier in der Konervenbranche beschäftigt sind, schließt Euch fest zusammen, denn nur durch Einigkeit ist es Euch möglich, die Leute noch so traurigen Zustände und Löhne zu beseitigen und aufzubessern. Weiter ist es auch durch festen Zusammenschluß möglich, den starken Widerstand der Fabrikanten zu brechen.

Lohnbewegung im Gastwirtsgerwerbe in Lübeck. Am Montag, dem 26. Mai fand im „Konzerthaus Fünffhausen“ eine öffentliche Versammlung aller im Gastwirtsgerwerbe beschäftigten Personen statt. Das Referat über obiges Thema führte der Kollege F. Knaack übernommen. In großen Zügen schilderte Redner die überaus traurige Lage der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe. Schuld daran sei nur der große Indifferentismus vieler Kollegen hier in Lübeck. Auch unter den sogenannten Aushilfsstellern befinden sich viele, welche den Weg zur Organisation der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe noch nicht gefunden haben, oder aber auch noch nicht finden wollten; das gilt auch solchen Kollegen, die in ihrem Hauptberuf organisiert sind und im Nebenberuf noch als Kellner arbeiten. Diesen letzteren Kollegen müsse zugehört werden: Ihr seid verpflichtet, wenn Ihr gleichzeitig in zwei Berufen arbeitet, Euch auch in zwei Berufen zu organisieren. Um die Lage in unserem Berufe zu unsern Gunsten zu ändern, muß es die Pflicht aller Angestellten sein, sich der modernen Gewerkschaftsbewegung anzuschließen. Nicht der „Deutsche Kellnerbund“, auch nicht der „Genfer Verband“ oder irgend ein kleiner Lokalverein kann die Lage der Angestellten im Gastwirtsgerwerbe verbessern, sondern nur einzig und allein der der großen Arbeiterbewegung angeschlossene „Verband der Gastwirtsgehilfen“. Aus den weiteren Ausführungen des Referenten war zu entnehmen, daß der vom Verband der Gastwirtsgehilfen vor einigen Tagen herausgekommene Tarifvertrag schon von über zwanzig Prinzipalen hier in Lübeck anerkannt worden ist. In der anschließenden Diskussion, die sehr reger verlief, wurde das Ausnahmsystem in den einzelnen Großgeschäften geächtet — u. a. soll Herr Becker, der die von der Stadt verpachtete Forsthalde bewirtschaftet, es meisterhaft verstehen, seine Angestellten auszunutzen; sogar so gut, daß die anderen Prinzipale in Israelsdorf schon recht viel in dieser Beziehung von ihm gelernt haben. Zum Schluß wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 26. Mai 1913 im „Konzerthaus Fünffhausen“ tagende öffentliche Versammlung aller im Gastwirtsgerwerbe beschäftigten Personen erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden. Den vorliegenden Tarifvertrag erkennt die Versammlung an und wird mit aller Energie dafür eintreten, daß derselbe zur Anerkennung gebracht wird.“

Rettung durch Drügers „Pulmotor“. Am Dienstag abend zwischen 8 und 9 Uhr wurde der auf der Hauptwache der Feuerwehr stationierte „Pulmotor“ nach dem Hause Sandstraße Nr. 26 beordert, um einem durch Leuchtgas vergifteten Dienstmädchen Hilfe zu leisten. Die Sanitätsmannschaften der Feuerwehr fanden das Mädchen bewußtlos. Nach 10 Minuten langer Anwendung des „Pulmotors“ kam die Patientin wieder zu sich. Sie konnte, nachdem der mit dem „Pulmotor“ verbundene Sauerstoff-Inhalations-Apparat ebenfalls 10 Minuten lang angewendet worden war, als außer Gefahr befindlich erklärt werden.

Vorsicht beim Pflücken von Blumen. Die Blütezeit ist herangekommen. In Wald und Feld, an Hecken und in Gärten bietet uns die junge Frühlingswelt ein Meer von wunderbaren Farben. Und doch sind so manche dieser herrlichen, das Auge erfreuenden Blüten der Gesträuche und Blumen des Feldes des Menschen Feind, ja können des Menschen Tod sein, wenn zu nahe Bekanntschaft mit ihnen gemacht wird. Wir wollen heute nur zwei dieser bösen Geister aus der Pflanzenwelt herausgreifen. Wie verlockend winken uns die gerade

jeht mit Blüten überfüllten Goldregenblüschchen, wie lieblich ist der Duft, der den Kelchen der jetzt blühenden Maiglöckchen entströmt. Gerade diese beiden mit zu den schönsten Pflanzen zählenden Florakinder enthalten aber hartwirkende Gifte, der Goldregen das Cytisin, die Maiglöckchen das Stylofid. Hüte sich deshalb jeder, diese Blumen im Munde zu tragen, wie es vielfach geschieht. Sage man besonders den Kindern, daß diesen Blumen nicht zu trauen ist, daß sie nicht von ihnen gepflückt werden sollen. Die Folgen können schwere sein.

Lübeck-Segeberger Bahn. Die Generalversammlung der Lübeck-Segeberger Eisenbahn-Gesellschaft berief in den ersten Ausschüßrat der Gesellschaft folgende Herren: Präses Dimpfer-Lübeck, Landrat Dr. Hoffmann-Segeberger, Bürgermeister Kuhn-Segeberger, Regierungspräsident Dr. Meyer-Gutin und Senator Straß-Lübeck. Der im Anschluß an diese Versammlung vom Ausschüßrat bestellte Vorstand der Gesellschaft besteht aus Rechtsanwalt Dr. Götz-Lübeck und Syndikus Dr. Wallroth-Lübeck.

Lübecker Sommertheater in den Stadthallen. Heute abend wird die reizende Operette „Mamzelle Nitouche“, die bei der Erstaufführung so gejubelt, wiederholt. Im zweiten Akt tanzt die 1. Solotänzerin Frä. Li-Mann die Spitzvariationen. Donnerstag ist das „Kleine Schokoladenmädchen“ zum dritten Male und Freitag geht zum ersten Male die Komik „Die Generalsede“ in Szene, welche überall das Repertoire beherrscht und stürmische Lauchfolge erzielt. Es ist dies militärische Lustspiel wohl das beste Werk des bekannten Dichters Stowronski. Sonnabend und Sonntag sind für das 600jährige Stütungsfest der Trägerkorporation die Stadthallen reserviert. Montag, den 2. Juni, wird dann die „Generalsede“ wiederholt. Daß sich Direktor Ernst Albert keine Komik entgehen läßt, bekundet wieder der Ankauf des neuesten Lustspiels von Lothar Schmidt „Das Buch einer Frau“, welches in Hamburg Aufsehen erregt und den Weg über alle ersten Bühnen machen wird.

Stockelsdorf. Ihre Monatsversammlung halten am Donnerstag abend 8 1/2 Uhr die Genossinnen des Sozialdemokratischen Vereins ab. Da wichtige Sachen auf der Tagesordnung stehen, wird dringend ersucht, recht zahlreich zu erscheinen.

E. Gutin. Gemeinderatsitzung. Am Montag, dem 26. Mai hielten die Gemeindevorsteher eine Sitzung ab. Der erste Punkt der Tagesordnung betraf die Ausführung des Beschlusses der Beratung abgelehnt und bis zur nächsten Sitzung vertagt. In zweiter Lesung wurde dann der Landverkauf an Schleiermeister Keller genehmigt; diese war notwendig, weil eine Beschwerde dagegen vorlag, letztere aber vom Gemeinderat zurückgewiesen wurde. Um die neu zu bauende Badeanstalt mit allem Guten zu versehen, beantragte der Naturheilverein die Errichtung eines Licht- und Sonnenbades. Der Antrag soll Beachtung finden, sobald die Badeanstalt fertig und man sich über die Raum- und Gebühverhältnisse klar ist. Da die Gasproduktion der Gasanstalt im Jahr auf 700 000 Kubikmeter gestiegen ist, macht sich eine Vergrößerung des Werkes nötig; es werden zu diesem Zwecke 12 500 Mark aus dem Reservefonds bewilligt. Ferner wurden noch 2500 Mk. für Anschaffung von Gasautomaten bewilligt. Um die Verbindungsstraße von der Weidestraße zur Friedrichstraße mit Kopfsteinpflaster zu versehen, werden die Kosten von 7320 Mk. bewilligt. Auch der Landesverband stellt 1200 Mark zur Verfügung.

Hamburg. Mit der gegenwärtigen Situation im Hamburger Malergewerbe beschäftigte sich am Montag eine von 3200 Gehilfen besuchte Versammlung. Nach einem Bericht und daran sich anschließender Aussprache wurde folgender Antrag einstimmig angenommen: 1. Der Ziliatsvorstand wird beauftragt, mit dem Arbeitgeberverband in Verhandlungen zu treten zwecks Durchführung der Schiedssprüche, insbesondere auch der Ziffer 4 des Schiedsspruches vom 16. Mai, betreffend Regelung des Lohnes nach den in Hamburg bestehenden Sonderarbeitsverträgen. 2. Bevor eine zufriedenstellende Regelung nicht erfolgt ist, soll die Arbeit nicht wieder aufgenommen werden. 3. Der Ziliatsvorstand wird beauftragt, baldigst eine neue Versammlung einzuberufen und Bericht zu erstatten.

Hamburg. Ein Verfahren wegen Erpressung wurde gegen den Kaufmann Jacobsohn eingeleitet. Als die aus dem Kieler Werft-Betrugs-Prozess bekannten Kaufleute Frankental und Jacobsohn in Untersuchungshaft in Kiel saßen, stellte Jacobsohn dem Frankental einen Kaffiber zu, in dem er ihn aufforderte, einen Wechsel von 60 000 Mark zu unterzeichnen. Als der Wechsel präsentiert wurde, verweigerte Frankental die Zahlung mit der Motivierung, daß die Unterschrift erpreßt sei. Auf Antrag der Kieler Staatsanwaltschaft wurde Jacobsohn jetzt wegen Erpressung verhaftet.

Kiel. Ein Gewitter richtete am Montag in der Umgegend mancherlei Schäden an. Auf dem Gute Hohenschulen brannte eine Scheune nieder. Die Fernsprechleitungen mit dem Gute wurden zerstört. — In Ralsdorf wurde eine Scheune des Hufners Maddeprang durch Blitzschlag eingeäschert. Zwei Wagen und hundert Hühner verbrannten. Der Ralsdorfer Feuerwehr gelang es mit vieler Mühe, den Feuers Herr zu werden. Die umliegenden Wehren konnten nicht zur Hilfe kommen, da sie wegen eigener Blitzgefahr ihre Dörfer nicht verlassen wollten. — In Kirchbarkau ist ein dicht neben der Kirche gelegenes Schlachergewese bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Besonders heftig war das Gewitter in Dithmarschen. Wie aus Heide gemeldet wird, wurde in Linden der Maschinenhuppen des Wirtes Heesch eingeäschert. Eine neue Dreischarnitur verbrannte. — In Christianskoog brannte die Scheune des Hofbesizers Clausen nieder; das angebrannte Wohnhaus wurde gerettet, ebenso das lebende Inventar. — In Ganshorn wurden dem Landmann Marx vier Kühe auf der Weide erschlagen.

Wilhelmshaven. Ein Soldatenhinderer. Wegen Beleidigung und Mißhandlung Untergebener, Anstiftung zu gemeinsamer Körperverletzung zusammen in 85 Fällen wurde im September vom Kriegsergärt der 2. Marine-Inspektion der Obermaschinenmaat Jürgens von der 2. Werftdivision zu der auffallend niedrigen Strafe von 4 Wochen Mittelarrest bestraft. Gegen dieses Urteil legte der Gerichtsherr Berufung ein und das Obergerichtsgericht der Nordseeaktion, das am 13. Dezember in Kiel sich mit dieser Angelegenheit beschäftigte, erkannte auf 5 Monate Gefängnis und Degradation. In dieser Verhandlung bildete besonders die Behandlung des Rekruten J. durch den Angeklagten einen großen Teil der Anklage. J. wurde bei jeder Gelegenheit gepeinigt, mußte sich sogar einmal hinlegen und wurde von seinem Unteroffizier so auf den Kopf getreten, daß er blutete. Auf Anstiften des Angeklagten verprügelten die eigenen Kameraden J. Wiederholt wurde Jürgens von seinem Vorgesetzten gewarnt, seine Leute in solcher Weise zu behandeln, doch ließ er seine Quälereien trotzdem weiter fort. Mit seiner Entschuldigung, daß er bei Begehung der That unzurechnungsfähig gewesen sei, hatte er kein Glück; er wurde zu 5 Monaten Gefängnis und Degradation verurteilt. Auf die gegen dieses Urteil eingelegte Revision schied das Reichs-Militärgericht zwei Fälle von Mißhandlungen aus und verwies die Sache an das Obergerichtsgericht der Nordseeaktion zurück. In der erneuten Verhandlung am Sonnabend erkannte das Gericht auf vier Monate und 23 Tage Gefängnis und Degradation. — Der Fall zeigt wieder, daß trotz aller Kritik in der Dienst-

sicht und im Parlament die Militärmißhandlungen nicht verschwinden werden. Es liegt offenbar auch nicht allein an einigen gemeinen Kerlen, die ihre Vorgesetztenstellungen zur Mißhandlung Untergebener mißbrauchen, es muß am System schon etwas nicht stimmen, wenn es möglich ist, daß einzelne Mißhandlungen bis zu 85 Fällen — ja es sind schon zu Hunderten solcher Mißhandlungen von einzelnen verübt worden — vornehmen können. Bei genügend scharfer Aufsicht müßte das unmöglich sein.

Gefestmünde. Mutter und Kind vergiftet. Die Frau des Malers Sattler in der Bergstraße vergiftete sich und ihr dreijähriges Töchterchen mit Leuchtgas. Die Angehörigen fanden Mutter und Kind in der Küche tot vor. Die Tat dürfte in einem Anfall geistiger Umnachtung erfolgt sein. — Todesfall. Aus einem Auswandererzuge kürzte ein etwa neunjähriger Junge in der Nähe der Station Stubben. Der Verunglückte gehört einer russischen Auswandererfamilie an. Er erlitt schwere Verletzungen am Kopf und starb sofort.

Koisdorf. Gattenmord und Selbstmord. In Koisdorf tötete am Sonnabend der Landbriefträger Karl Dahl in seiner Wohnung in der Leonhardstraße seine Frau durch zwei Messerschnitte in den Hals und machte dann seinem Leben durch Erhängen an einem Bandhaken ein Ende. Die Toten hinterlassen 3 Knaben im Alter von 5 bis 11 Jahren. Der Mann hat die Tat wahrscheinlich in einem Anfall geistiger Störung begangen.

Sternberg. Ein schwerer Unfall hat sich auf dem Erbpachtgehöft von Stüdemann in Rüst bei Weßlin zugegetragen. Durch Bruch einer Latte kürzten die beim Kohzeden beschäftigten beiden Hermann Kasten aus Kufuk und der Erbpächtersohn Stüdemann vom Dach kopfüber auf das Steinpflaster, beide zogen sich schwere Schädelverletzungen zu; ersterer war sofort tot, während letzterer bald darauf starb. Kasten hinterläßt Frau und drei Kinder. Stüdemann war noch unverheiratet.

Bremen. Geschickte Nachprüfung der Dachdeckermeister. In Bremen wurden bekanntlich am 1. April sämtliche Dachdecker und Hilfsarbeiter ausgesperrt. Der Grund zu dieser Aussperrung war, daß die Arbeiter sich weigerten, den ihnen vom Unternehmerverband vorgelegten Tarif anzuerkennen. Auch in der Lohnfrage war eine Einigung nicht erzielt. Die Unternehmer wollten zwar Lohn-erhöhungen, die eventuell für das übrige Baugewerbe in Bremen bewilligt würden, auch den Dachdeckern zukommen lassen; der Lohn der Dachdecker sollte um 2 Pfg. höher sein als der der Maurer und Zimmerer. Nun standen aber die Dachdecker schon seit Jahren 4 Pfg. höher im Lohn als die Maurer und Zimmerer, daher war für die Dachdecker das ganze Angebot eine Verschlechterung, es wurde deshalb von den Arbeitern abgelehnt. Die Aussperrung gestaltete sich dann recht ungünstig für die Herren Meister. Nicht nur, daß die von ihnen so sehr gewünschte Aussperrung der übrigen Bauhandwerker ausblieb, es wollten sich auch trotz aller Bemühungen keine Streikbrecher finden in der langen Kampfzeit von acht Wochen. Schließlich bequamen sich dann die Herren zu Verhandlungen, in denen eine Einigung erzielt wurde. Hiernach steigt der Lohn für Dachdecker sofort um 3 Pfg., am 1. Oktober ds. Js. um weitere 2 Pfg., am 1. Oktober 1914 nochmals um 3 Pfg. pro Stunde, jedoch der Lohn am 1. Oktober 1914 auf 83 Pfg. steht. Für die Hilfsarbeiter, die länger als ein halbes Jahr im Dachdeckerberuf tätig sind, steigt der Lohn sofort um 6 Pfg., später entsprechend den übrigen Steigerungen. Für Asphaltierer ist in Zukunft der Lohn genau so wie der Gesellenlohn. Sämtliche Positionen, die eine Verschlechterung des früheren Arbeitsverhältnisses bedeuteten, mußten die Dachdeckermeister fallen lassen. Am Montag, dem 26. Mai wurde dann die Arbeit zu den neuen Bedingungen aufgenommen. Weitere Tarifabschlüsse im Dachdeckergerwerbe sind in Wilhelmshaven sowie in Oldenburg vorgenommen. In Wilhelmshaven steigt der Lohn in den drei Vertragsjahren um 6 Pfg. und zwar steigt der Lohn hier von 68 auf 74 Pfg. In Oldenburg wurde neben einer Lohn-erhöhung von 6 Pfg. pro Stunde eine Arbeitszeitverlängerung von einer Stunde pro Woche erreicht. Ebenfalls wurden die Löhne für Hilfsarbeiter um 6 bzw. 8 Pfg. pro Stunde erhöht.

Theater und Musik.

Im Sommertheater in den Stadthallen erzielte gestern abend Herr Direktor Albert mit seinem bereits früher am Stadttheater sehr freundlich aufgenommenen Lustspiel „Die tolle Prinzess“ einen lebhaften Erfolg. Die Zuschauer amüßerten sich bei dem auf literarischen Wert keinerlei Anspruch erhebenden lustigen Stückchen sehr gut, zumal die Darstellung unter der Regie des Autors eine sehr flotte war. Das vornehmste Liebesquartett wurde von den Damen Riccarda und Reichardt sowie den Herren Höp und Schürer mit erfrischender Lebendigkeit gespielt. Mit dem besten Humor gab Frä. Westel eine jugenferne lässliche Hausfalterin im gefährlichen Alter. Herr Albert selbst gab die kleinere Rolle eines Fortwärters mit wirkungsvoller Komik. Eine gutgezeichnete Hofdame schuf Frau Ball. P. L.

Handels- und Markt Nachrichten.

Hamburger Sternschanz-Viehmarkt vom 27. Mai. Auftrieb 3900 Schweine. Markt ruhig geräumt. Es wurde gezahlt für 50 kg Lebendgewicht nach Abzug vereinbarter nebenstehender Tara und für 50 kg Lebendgewicht ohne Tara: Beste schwere reine Schweine, über 260 Pfd., Tara 20 Proz., 61.— bis 63.— (51.— bis 52.—), mittelschwere Ware, von 240—260 Pfd., Tara 20 Proz., 64.— bis 65.— (51.— bis 52.—), Mittelware, von 200—240 Pfd., Tara 22 Proz., 65.50 bis 66.00 (51.50 bis 51.00), gute leichte Ware unter 200 Pfd., Tara 22 Proz., 65.— bis 66.00 (50.50 bis 51.50), geringere Ware, Tara 24 Proz., 60.— bis 64.— (45.50 bis 48.50), Sauen, 1. Qualität, Tara 20 Proz., 59.— bis 60.— (47.— bis 48.00), Sauen, 2. Qualität, Tara 22 Prozent, 54.— bis 58.— (42.— bis 45.00).

Literarisches.

In freien Stunden. Eine Wochenchrift. Romane und Erzählungen für das arbeitende Volk. Jede Woche erscheint ein reich illustriertes Heft zum Preise von 10 Pfg. Probeummern liefert der Verlag Buchhandlung Vorwärts Paul Singer & M. B. Berlin SW. 68 gratis. Bestellungen nehmen alle Buchhandlungen, Expeditoren und Kolporteurs entgegen.

Quittung.

Für den Wahlfonds gingen ein:
H. G. 1.— Mk.
Th. S. 5.—
Das Parteisekretariat.

Verantwortlich für die Rubrik „Lübeck und Nachbargebiete“ und die mit P. L. gezeichneten Artikel: Paul Löwig, für den gesamten übrigen Inhalt: Johannes Stelling, Verleger: Th. Schwarz, Druck: Friedr. Meyer & Co. Sämtlich in Lübeck.

Verkauf 4148
lebender Butt
 am Donnerstag,
 dem 29. Mai 1913
 vormittags von 8 Uhr ab
 an der
**Dankwartsbrücke,
 Solfstenbrücke
 und
 Entiner Brücke.**

**Komitee- und
 Kommissionssitzungen**

Arbeiter-Bildungsverein.
Vorstands-Sitzung
 am Donnerstag, dem 29. Mai
 abends 8 Uhr präzis. (4158)

Allen denen, die meinem lieben
 Mann die letzte Ehre erwiesen haben
 und seinen Sarg so reich mit Kränzen
 schmückten, Herrn Viktor Haniel
 für seine trostreichen Worte am
 Sarge, sowie dem Bauarbeiter-
 Verband untern herzlichsten Dank.
Frau E. Grimm Ww.
 4148) und Kinder.

Gesucht zu sofort ein kräftiger
 Laufbursche, nicht unter 12 Jahren.
 4152) Schillingstraße 41.

Zu vermieten: hübsche Wohnung,
 3 Zimmer, Küche, Keller u. Bodenst.
 Preis 240 M.
 4155) Sundestraße 73.

Umiändelhaber zum 1. Juli eine
 2- bis 3-Zimmer-Wohnung vorm
 Solfstenbrücke geacht. Offerten unter
 L Z an die Exp. d. Bl. (4159)

Gesucht zum 1. Juli eine Stube
 mit Küche oder Gelag für einzelne
 ordnl. Witwe. Angebote mit Preis
 unter B H an die Exp. d. Bl. (4144)

Sig- u. Siegewagen Gummi-
 räder billig zu verkaufen.
 4148) Islandstraße 17, L.

1 Arbeitsrad
 zu verkaufen. Preis 25 M.
 4150) Nollbrunnstraße 24, L.

2 Kanarienvögel u. Schäfer-
 hund und Kühe zu verkaufen.
 4154) Reinefeld, Langen-Wee 2, L.

Zwei blaue Wiener Kanarienvögel
 (Vögelchen) ohne Abzeichen zu verk.
 4151) Hofmannstraße 7a, II.

Gesucht ein gut erhalt. Knaben-
 Fahrrad oder kleines Herren-Rad.
 Offerten unter A B 33 an die Ex-
 pedition d. Bl. (4155)

Gesucht eine Sopha von 300
 oder 200 Mark bis 1/2 amtliche
 Tage. Eingebore unter H S an die
 Expedition d. Bl. (4147)



Unsere Marine
Ersklassig
 GEORG A. JÄSMATZI A.G. DRESDEN
 Grösste deutsche
 Cigarettenfabrik

Moderne Wohnungseinrichtungen
kaufen Sie
 spottbillig im neuen Möbellager
 3851) Kronsförder Allee 104.

Bilder
 werden prompt und billig ein-
 gerahmt. Schusbilder v. 1 Mk. an
Klempau, 4158
Huxstrasse 79.

Carl Folkers
Möbelmagazin
 25 Marlesgrube 25.

Vollst. Wohnungseinrichtungen.
 Selbstgefertigte Arbeiten.
 Grösste Auswahl.
 1) Billigste Preise.
 Weitgehendste Garantie.
Zimmereinricht. stets vorrätig.
 Lieferung frei Haus
 auf eigenem Möbelwagen.
**: Teilzahlung gestattet :
 Bei Barzahlung Rabatt.
 Gabe rote Lübecka-Rabattmarken.**

Ich hab's!
Urbia
 der gute
 Schuh-putz

in Dosen überall erhältlich.
 Fabrik: Urban & Lemm, Charlottenburg

Hintze & Stech
 Grösste Möbelfabrik Lübecks
 empfehlen 882
Wohnungseinrichtungen.
 Direkter Verkauf an Private zu billigen Preisen
 gegen bar in der Fabrik:
 Moislinger Allee 60.

**600jähriges
 Träger-Jubiläum. 1913**

Festprogramm:
 Sonnabend, den 31. Mai, abends 8 1/4 Uhr
Großer Festakt
 in der Stadthalle.
 Karten sind in der Zigarrenhdig. von Nagel, Am Markt zu haben.
 Sonntag, den 1. Juni:
 8 1/2 Uhr: Gemeinsamer Kirchgang der gesamten Korporation.
 2 1/2 Uhr: Festzug durch die Stadt zur Stadthalle, daselbst
**Militär-Konzert, Auftreten des Wasserclowns,
 Feuerwerk, Illumination und
 FEST-BALL.**
 Eintrittskarten am Eingang. 4149

**Kindermilch
 Lactale**
 Bestbewährte Nahrung für:
 gesunde,
 magenkrankte
 u. schwächliche,
 in der Entwicklung
 zurückgebliebene Kinder.
 4140

Sportwagen
 4 Prozent in bar oder
 Rote Rabattmarken.
 4 Prozent in bar oder
 Rote Rabattmarken.
 BRENNABOR
 zusammenlegbar m. verstellbarem
 Fuß und Rückenteil 14.75 13.50
 16.50 17.75 18.75 20.50 24.50, mit
 Verdeck 28.50 39.75 40.50.
Heinr. Pagels
 Breite Straße 91-93. (4073)

Glasscheiben
 aller Art billigst, auch im einzelnen
 Kitt, Draht, Glaserdiam. v. 4 M an.
 Oscar Tauchnitz, Fensterglas-Handl.,
 Huxterlor-Allee 19. — F. 808. (405)

Balkon-Pflanzen
 in jeder Breite empfehle
Niemann, (4104)
 Bei der Lohmühle 18 (St. Lorenz).

Achtung!
**Koll- und Blod-
 wagenfutscher!**
Versammlung
 am Donnerstag, den 29. Mai
 abends 8 1/2 Uhr
 im „Gewerkschaftshaus“
 Johannisstraße 50-52.
 Tagesordnung:
Innere Verbandsangelegenheiten.
 4141) Der Vorstand.
 NB. Das Erscheinen der Kollwagen
 ist dringend erforderlich. D. O.

Achtung!
Töpfer
**Extra-
 Versammlung**
 am Donnerstag, dem 29. Mai
 abends 8 1/2 Uhr
 Tagesordnung wird in der Ver-
 sammlung bekannt gegeben.
 Das Erscheinen aller Mitglieder
 ist notwendig
 4157) Der Vorstand.

**Sozialdemokratische Frauen.
 Schwartzau-Rensefeld.**
 Unsere am Mittwoch, dem
 28. Mai, fällige Versamm-
 lung fällt aus.
 4160) Die Vertrauensperson.

Zentral-Hallen
 Dankwartsgrube 20.
 Jeden Donnerstag:
Tanzkränzchen.
 Anfang 8 Uhr.
 Ende 12 Uhr.
 2)
Lübecker Sommer-Theater
 i. d. Stadthallen. Dir. Ernst Albert.
 Donnerstag, den 29. Mai:
 Das kleine Schokoladenmädchen
 Freitag, den 30. Mai:
 Novität von Skowronek.
Die Generalsecke.
 Militärisches Lustspiel. (4158)
 Sonnabend und Sonntag sind
 für die Festvorstellungen der Träger-
 korporation die Stadthallen reserviert
 Montag, den 2. Juni:
 Zum zweiten Male:
Die Generalsecke.
 Anfang stets 8 1/2 Uhr.

... der sich und die Seinen weiterbilden
Kosmos und seine Bücherei auf billigste
 Weise (40 Pf. im Monat) vermehren will, trete
 dem weit über 100 000 Mitglieder zählenden
Kosmos, Gesellschaft d. Naturfreunde
 (Sitz Stuttgart)
 bei. Für den geringen Jahresbeitrag von
nur M 4.80
 (dazu im Buchhandel 20 Pf. Bestellgeld, durch
 die Post d. Porto) erhält man kostenlos:
 1. die reichillustrierten Monatshefte
Kosmos, Handweiser f. Naturfreunde
 mit den Beiblättern:
 Wandern und Reisen — Wald und Heide — Photo-
 graphie und Naturwissenschaft — Technik und
 Naturwissenschaft — Haus, Garten und Feld —
 Natur in der Kunst — Natur und Heimatschutz.
 2. Auskünfte, Vergünstigungen bei Bezug von
 Büchern, Mikroskopen, d. Vorträgen u. Kursen etc.
 3. ohne jede Nachzahlung
fünf wertvolle Bücher
 erster Schriftsteller; im Jahre 1913: W. Boeckhe,
 Festländer und Meere; Dr. K. Floercke, Einheim.
 Fische; Dr. Ad. Koelisch, Der blühende See; Dr.
 H. Decker, Vom sieghaften Zellensatz; Dr. A.
 Zent, Aseme und Moleküle.
Eintritt jederzeit! Anmerkungen nimmt jede
 Buchhandlung entgegen.
 so keine wichte, werte man sich an den „Kosmos“-Sitzort
 Probehefte und Prospekte postfrei!

Deutscher Reichstag.

Originalbericht des „Lübecker Volksboten“.

Berlin, 27. Mai, 1913.

152. Sitzung, Nachmittags 2 Uhr.

Am Bundestatsrat: Kommissar.
Präsident Kämpf begrüßt die Abgeordneten nach der Pfingstpause.

Auf der Tagesordnung steht zunächst folgende Anfrage des Abg. Gostinski (Pole):

Ist dem Reichsanwalt bekannt, daß in dem wirtschaftlichen Kampfe, der zurzeit (24. April) im oberschlesischen Kohlenbezirk schwebt, die Polizeibehörden in geschwinder Weise gegen die Bergarbeiter Partei nehmen; insbesondere unter Verletzung reichsgesetzlicher Vorschriften Versammlungen der Arbeiter grundsätzlich verbieten oder auflösen?

Direktor im Reichsamt des Innern Lehmann: Eine Verletzung reichsgesetzlicher Vorschriften durch die Polizei würde der Reichsleitung erst dann Gelegenheit zum Eingreifen geben können, wenn die Zentralbehörde des betreffenden Bundesstaates zu den vorgängigen Stellung genommen und in ihrem Entschluß eine mit den Grundfäden des Reichsvereinsgesetzes nicht zu vereinbarende Stellung vertreten hätte. Nach der Auskunft der preussischen Regierung liegt dieser Fall nicht vor. Es ist überhaupt nur in ganz vereinzelten Fällen Beschwerde erhoben worden. Im übrigen haben die preussischen Behörden niemals angeordnet, daß die Polizei Versammlungen irgendwie behindern solle. Nur ganz wenige Versammlungen sind nicht genehmigt worden. In zwei Fällen wo die Genehmigung verweigert wurde, hat der Regierungspräsident das Verbot selbst aufgehoben.

Petitionen.

Eine Petition von pensionierten und als Beamte wieder angestellten Offizieren bittet um eine Verringerung des Offizierpensionsgesetzes und zwar um Verringerung der Sätze, bis zu deren Höhe die Militärpension neben dem Zivildienstleistungen bezogen werden kann.

Erzberger (Z.) befragt die finanziellen Konsequenzen und wünscht Vorberatung durch die Budgetkommission.

Graefe (R.) beantragt Ueberweisung zur Erwägung.

Koste (SD.): Wenn durch vorzeitige Pensionierung Offiziere in Not geraten, so darf das kein Grund sein, das Volk durch eine Umgestaltung des Pensionsgesetzes noch mehr zu belasten. Man pensioniere einfach nicht so oft vorzeitig. Wir lehnen alle diese Anträge ab.

Die Petition wird als Material überwiehen.
Die Hirsch-Dunderischen Gewerkschaften und das Gewerbeamt des Reichsanwalts bitten um Einsetzung eines Reichsvereinsamtes oder einer Zentralstelle zur Förderung der Tarifverträge im Reichsamt des Innern.

Die Kommission beantragt Ueberweisung als Material.

König (SD.) hebt die große Entwicklung der Tarifverträge hervor, die wohl eine Zentralstelle erfordern würde.

Aber von dem jetzt in der Reichsregierung herrschenden „sozialpolitischen“ Geist, wie er sich bei allen großen Streiks und auch sonst gezeigt hat, sind sozialpolitische Fortschritte doch nicht zu erwarten. Die Regierung steht eben unter dem Einfluß der Unternehmer. Wie diese jeden Fortschritt bekämpfen, hat wieder die Frühjahrerversammlung der Eisenhüttenleute bewiesen, wo man sehr scharf gegen den jetzigen Staatssekretär getobt hat, dem es doch nicht gelingen werde, die Seelen der Arbeiter zu gewinnen.

Wie wenig die jetzige Zeit für sozialpolitische Maßnahmen günstig ist, hat ja die Reichsvereinsgesetzgebung bewiesen. Verlangt man doch heute umgekehrt Ausnahmevorschriften aller Art gegen die um ihre Freiheit ringenden Arbeiter. Ein Reichsvereinsgesetz hätte nach unserer Auffassung erst einen Zweck, wenn als Vorbedingung Reichsarbeitsämter geschaffen werden. (Bravo! bei den Soz.)

Schwarz (Z.): Die bürgerlichen Parteien haben sich wiederholt für ein Reichsvereinsgesetz ausgesprochen, das zur Verhinderung großer Streiks und Aussperrungen segensreich wirken könnte.

Hähne (Sp.) tritt für den Antrag der Kommission ein. Behrens (Wg.): Ein solches Amt liegt im Interesse des sozialen Friedens. Es ist doch Sache des Reichstages, antisozialen Einflüssen auf die Reichsregierung nicht nachzugeben. Darum verstehe ich nicht den Standpunkt der Sozialdemokraten.

Brey (SD.): Sind Herrn Behrens die Bestrebungen nicht bekannt, die das Koalitionsrecht verschlechtern und die Strafbestimmungen verschärfen wollen? Hinter diesen Absichten stehen einflussreiche Persönlichkeiten. Natürlich fürchten wir solche Bestrebungen im Reichstag nicht. Sie sind zwar da drüben (nach rechts) auch vorhanden, aber es ist ja dafür gesorgt, daß diese Bäume zunächst nicht in den Himmel wachsen. (Sehr gut! bei den Soz.) Weiß denn Herr Behrens nicht, daß auch der christliche Gewerkschaftskongress gefordert hat: erst Koalitionsfreiheit, dann Reichsvereinsgesetz! Auch wir wollen, daß zuerst die Vorfrage gelöst wird. Wo aber haben wir die Anerkennung der Koalition durch den Staat, in den Staatsbetrieben und sonst überhaupt in Deutschland? (Sehr wahr! bei den Soz.) Daß die Gewerkschaften durchaus nicht alle Differenzen durch den Streit, sondern möglichst viele in gutlichem Einvernehmen zu lösen bestrbt sind, ist bekannt, und auch durch die amtliche Statistik nachgewiesen. Die Unternehmer, namentlich die großen, aber haben keineswegs den Willen, sich Einigungsbestrebungen zu fügen. Wir stimmen für die Ueberweisung zur Berücksichtigung, fordern aber als Vorbedingung die volle Koalitionsfreiheit. (Bravo! bei den Sozialdem.)

Die Ueberweisung zur Berücksichtigung wird beschlossen.

Mehrere Petitionen verlangen 1. Erhöhung der Pfändbarkeitsgrenze des Dienstverdienens von Privatangestellten, 2. Herbeiführung einer gesetzlichen Bestimmung, daß bei den Privatangestellten und Arbeitern ebenfalls wie bei Beamten nur ein Teil des 1500 Mk. übersteigenden Jahreseinkommens der Pfändung unterworfen sei.

Die Kommission beantragt Ueberweisung zur Tagesordnung.

Giebel (SD.) beantragt Ueberweisung der Petition zur Berücksichtigung, soweit sie darum ersuchen, für Arbeiter, Privatangestellte und Beamte die pfändbare Summe der Löhne und Gehälter zu erhöhen. Angesichts der durch unsere verkehrte Wirtschaftspolitik herbeigeführten allgemeinen Vetterung der Lebenshaltung ist dies Verlangen nur zu berechtigt. Auch das Verlangen, die über 1500 Mk. hinausgehenden Bezüge von Arbeitern und Angestellten nur zum Teil pfändbar zu machen, ist durchaus berechtigt, umso mehr, als die Angestellten mit höheren Gehältern in der Lage sind, ihr ganzes Einkommen dadurch pfandfrei zu machen, daß sie den über 1500 Mk. hinausgehenden Betrag vertraglich ihrer Frau überlassen. Ich bitte Sie daher, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! bei den Soz.)

Chrystant (Z.) verlangt Schutz des Kleingewerbes gegen Schuldenmacher von Beamten.

Marquardt (M.) wünscht Erhöhung der Pfändbarkeitsgrenze.

Dr. Haas (Wpt.) spricht für einen volksparteilichen Antrag, wonach die Privatangestellten genau so behandelt werden sollen, wie die Beamten, daß also ein Teil des über 1500 Mark hinausgehenden Einkommens pfandfrei bleiben soll.

Soch (SD.): Bezeichnend ist, daß das Zentrum nicht ein Wort für die Notlage hat, in die die Arbeiter durch die jetzigen Bestimmungen kommen, und daß Abg. Marquardt für unsern Antrag sprach, obgleich seine Fraktion einen nicht so weitgehenden Antrag gestellt hat. Herr Marquardt wird offenbar als Paradepferd den Wählern vorgeführt. Das Existenzminimum von 1500 Mark muß infolge der allgemeinen Teuerung bedeutend erhöht werden. Der Arbeiter muß vor dem

Verkauf seiner Arbeitskraft an den Schuldner geschützt werden. Es ist höchste Zeit, das Lohnbeschlagnahmegesetz zu ändern. Der Reichstag hat die Pflicht, die Regierung, die sich nach der Bewilligung des Gehalts des Staatssekretärs um die Sozialpolitik nicht mehr kümmert, zur Einbringung eines Gesetzes zum Schutz der Arbeiter und Angestellten zu zwingen. (Bravo! bei den Soz.)

Strad (M.) tritt im Gegensatz zum Abg. Marquardt für einen stärkeren Schutz der Gläubiger ein.

Haas (Wpt.) polemisiert gegen den Abg. Soch; bei dem jetzigen Rechtszustand seien die Gläubiger oft die armen Teufel, während die Schuldner manchmal wie die Millionäre leben können.

Soch (SD.): Wir treten nicht für die Leute ein, die ihre Schulden nicht bezahlen wollen, sondern für die, die das nicht können. Wenn ein in Schulden geratener Arbeiter oder Angestellter einen Unfall erleidet, oder sonst in Not gerät, wird ihm einfach der Lohn beschlagnahmt. Die Rechtsprechung in Pfändungssachen schützt den Gläubiger schon davor, daß der Schuldner einen Luxus treiben könnte. Wertwürdig ist, daß die Rechte und das Zentrum hier plötzlich so für den Mittelstand eintreten, während sie ihn doch bei der Schulzollgesetzgebung, der Reichsfinanzreform, den Militärvorlagen usw. auf das schwerste geschädigt haben. (Sehr wahr! bei den Soz., Unruhe rechts und im Zentrum.)

Die Anträge der Fortschrittler und Sozialdemokraten werden abgelehnt und die Petitionen als Material überwiehen.

Eine Petition auf Unterstellung der Arbeiter in Gärtnerei- und Gartenbaubetrieben unter die Gewerbeordnung beantragt die Kommission als Material zu überweisen.

Stolle (SD.) spricht für Ueberweisung zur Berücksichtigung. Die Rechtsprechung rechnet die Gärtnereiarbeiter heute teils zur Landwirtschaft, teils zum Gewerbe. Das ist auf die Dauer unhaltbar, umso mehr, als die verschiedenen Gewerbeordnungen noch ganz vorintuitivliche Bestimmungen enthalten, und mitunter sogar körperliche Züchtigung gestatten. (Hört hört! bei den Soz.)

Behrens (Wg.) beantragt Zurückverweisung der Petition an die Kommission, damit die Regierung über die bereits im Jahre 1906 in Aussicht gestellten Erhebungen in dieser Angelegenheit Auskunft gebe.

Stadthagen (SD.): Die Sache ist spruchreif, durch Ueberweisung zur Berücksichtigung fordern wir die Regierung zur Vorlage eines Gesetzes an.

Der Rückverweiserungsantrag wird angenommen.

Nächste Sitzung: Mittwoch 2 1/2 Uhr (Interpellation Albrecht [SD.] betr. die Ausnahmevorschriften für Elsaß-Lothringen; Staatsangehörigkeitgesetz).

Schluss 5 1/2 Uhr.

Aus der Partei.

Zur Hege gegen die Arbeitervereine. Der jüngste Landtagsabgeordnete und nationale Wortführer Landgerichtsdirektor Hettner hatte, um die korporative Betätigung der Arbeitervereine im sozialdemokratischen Sinne nachzuweisen, in einer Sitzung der Dresdener Stadtverordneten die Behauptung aufgestellt, der Reichstagsabgeordnete Genosse Heine habe in einer Sitzung des Arbeitervereins Leipzig-Güd erklärt, wie man sich in Zukunft bei der Durchführung des Fortbildungskulturbundes verhalten solle und dabei ausgeführt: In Preußen, wo die Teilnahme am sozialdemokratischen Turnen Leuten unter 18 Jahren verjagt ist, sollen die Leiter der Abteilungen offiziell aus der Partei austreten, sich aber auf den geheimen Listen weiterführen lassen; sie könnten dann unbeaufsichtigt die Jugend im Sinne der Partei beeinflussen. Und das gleiche Verfahren habe Heine für Sachsen empfohlen. Auf eine Anfrage antwortete Genosse Heine: „Werte Genossen! Auf Ihr Schreiben vom 3. Mai antworte ich: Die Behauptung des Herrn Hettner

Steuermann Worringer.

Novelle von Louise Schulze-Brüd.

(3. Fortsetzung.)

(Nachdruck verboten.)

Das Schiff fuhr stolz und majestätisch rheinab. Von allen Burgen wehten die Flaggen, von den weißen Häusern hunte Wimpel. Überall fröhliches Leben, überall Geläch und Lachen. Die laue Sommerluft fächelte den heißen Kopf des Mannes, der auf das fröhliche Treiben dicht zu seinen Füßen herabsah. — Alle waren sie lustig, alle glücklich. — Und er hatte die Hände um das Ruder. — Alle waren sie in seiner Hand. Ein Ruck, eine Drehung, und das Schiff rannte auf einen Felsen, der hier außerhalb der schmalen Fahrstraße überall aus dem Rheintal wuchsen. — Ah, das Glaserklängen und das Jauchzen würden in einem einzigen Augenblick zu Todesgeschrei werden. Betnahe wünschte er, sie zu hören. Nur, daß der eine, um den er all die Qual erduldet, daß der vielleicht in dem Augenblick mit seiner Frau schon tat. —

Die Wellen rauschten stärker auf, das Schiff machte exakt die nötige Drehung. — Der Steuermann verstand seine Sache. —

Von Station zu Station ging's abwärts. Überall längerer Aufenthalt. Während sonst auf den Kahnstationen ein Nachen drei, vier Passagiere brachte, fuhren heute überall zwei, auch drei Nachen an. In Bacharach kam ein Gesangsverein an Bord mit sechs großen Rähnen. — Das gab ein Auffahren und ängstliches Schreien der Damen, die aus den heftig schwankenden Rähnen auf die schmale Schiffsstrepe gehoben wurden. — Die Zeit ging hin, schon war die Verpätung nicht mehr einzuholen. Er rechnete die Züge nach, die rheinaufwärts fuhren. — Da war keiner, der ihm passend lag. — Er mußte warten, in Caub warten, wie angeschmiedet, eine, zwei lange Stunden, bis das nächste Schiff kam, das ebenfalls Verpätung haben würde. Und wenn er damit nach Bingen zurückkam, dann war's die höchste Zeit für das Extrajahrgang. — Ah, der Hessemer hatte wohl gewußt, warum er sich den Nachmittag freihält.

Wieder eine Biegung des Stromes. Da lag Caub, sonnenglänzend und heiter. Aus dem Rhein hob sich stolz und trübig die Kaiserpfalz, von deren Zinne auch heute eine Flagge wehte. Die Sage ging, daß dort ein Kaiser seine schöne Frau fünf lange Jahre abgesehen von Welt und Menschen eifersüchtig verwahrt habe. — Er mußte daran denken, während das Schiff vorüberfuhr. —

Und endlich war er frei. Wie erlöst sprang er auf vom Ruderstuhl. Als er im Kahn saß, der ihn nach dem Ufer brachte, dehnte er die mächtige Brust. Nur die vielen frohen Menschen nicht mehr sehen, nicht mehr das Lachen hören. Im Gärtchen des kleinen Wirtshauses war's still und kühl. — Und der Wein, der vor ihm im großen Glas stand, war gut. Durstig stürzte er ihn hinunter. Die behäbige Wirtin brachte

ihm Essen: Festbraten und Süßigkeiten. Er aß hastig alles herunter. — Er spürte, daß er Hunger hatte, und daß er satt wurde. — Sonst nichts. —

Dann sah er plötzlich einen der Cauber Steuerleute vorbeigehen nach dem Rhein zu. — Mit dem Delrock, reisefertig. — Er rief ihn an. —

Freilich, ein Extrajahrgang kam gleich, von Koblenz herauf nach Bingen. — Um fünf Uhr würde es oben sein. Ah, wie es ihm einen Ruck gab. Um fünf Uhr. Da hatte er noch Zeit, nach der Kerb zu sehen, nach seiner Frau, nach dem Hessemer. — und ohne Besinnen holte er hastig seine Sachen und fuhr mit. Auf der langen Fahrt aufwärts, während er im Stübchen des Kapitäns saß, um nur keinen Menschen zu sehen, kam ihm die Überlegung, Nein, es hatte gar keinen Zweck, heute um fünf Uhr den beiden nachzuspüren, am hellen Tag noch, erst beim Beginn der Lust. Sie würde mit dem Kind und den anderen Frauen ganz harmlos bei den Buben sein oder auf einer Bank am Rheinufer. Und sie wußte ja, daß er jeden Augenblick zurückkommen konnte. — Aber morgen — morgen am Pfingstmontag, da würde er ihr sagen, daß er erst mit dem letzten Zuge heimkommen könne. — Und da wollte er sie belauschen, im Dunkel, außerhalb der blendenden Lichter bei den Buben oder am Rheinufer oder im Langsaal. Finden würde er sie, ungesehen selbst sehen. — Und dann... Er wußte noch nicht, was dann geschah. Er wollte auch gar nicht daran denken, durfte nicht. Er fühlte, wie alles in ihm flammte und lachte. Und er mußte einen klaren Kopf behalten für seine zweite Fahrt. —

Als er in Bingen an Land ging, war der Trubel noch lauter. — Die Schiffe brachten Hunderte von Pfingstausflüglern, vom Bahnhof her strömten ganze Scharen, Vereine, lärmende Männer, junge Mädchen in weißen Kleidern. Von Rübeshelm herüber kamen Rähne mit Singenden, Jubelnden, die ihre Hüte auf dem Nickerwald mit Eichentränzen geschmückt hatten. — Unten am Bubenplatz hatten sich all die Herrlichkeiten aufgetan, vom Karussell tönte die Musik einer großen Orgel, zuweilen durch Trompetengeschmetter verstärkt, in den Schießbuden knallte es, und am Gläserad schrie ein Ausrufer unermüdbar mit heiserer Stimme die Nummern aus. —

Steuermann Worringer ging am Ufer auf und ab zwischen den Hin- und Herwogenden. Raslos suchten seine scharfen Augen. Über er sah seine Frau mit dem Kind nicht. Es war wohl noch zu früh. Sie trank noch Kaffee bei ihrer Mutter. Ob er einmal hinging? —

Der Georg Hessemer schlenderte am Karussell umher wie einer, der auf etwas wartet, etwas sucht. Warum war er nicht mit den jungen Mädchen, die da zu zweien und dreien aneinander gedrängt, gepußt und vergrüßt im Trubel mittraben, immer zwei, drei junge Männer neben sich? Was hatte er zu warten, zu suchen? —

Er spürte wieder, wie ihm die Zunge trocken im Munde wurde, und sah die rote Flamme vor den Augen. Und dann

hörte er das grelle, laute Bimmeln der Schiffs Glocke, all den Lärm überhörend, und sah ganz oben bei Rübeshelm das große, gelbe Schiff, das sich von der Landebrücke ablöste und auf Bingen zuhielt. Er mußte eilen, um an Bord zu kommen. — Und da, da kam seine Frau oben in der engen Straße, das Kind an der Hand. Ihre hellblaue Bluse leuchtete. Er konnte diese farbigen Fegen nicht leiden, sie waren ihm auf den Tod zuwider. Sie sollte schwarze oder dunkle, solide Kleider tragen wie andere ehrbare Frauen, sich nicht aufpußen, nicht mit allerhand Kram behängen. Und jetzt hatte der Georg Hessemer ihn auch gesehen. — Freilich, er tat nicht so — er steckte die Hände in die Taschen und schlenderte weiter über Worringer hatte den einen Blick wohl gesehen, den der andere die Straße hinaufwarf. Fort, nur fort jetzt! — Was hätte er ihm, wenn er wartete oder ihr entgegenging? —

Nach einmal die Fahrt den Rhein hinunter mit all den Hunderten von lustigen, singenden, trinkenden Menschen noch einmal das Warten in Caub in dem stillen Gärtchen und dann auf dem einsamen Bahnhof. Dann eine rasche Eisenbahnfahrt aufwärts, die doch dem Mann wie ein Schneekengel erschien. — Und dann die Ueberfahrt im überfüllten Nachen nach Bingen unter lauter überfröhlichen Rumpfen, die den letzten und allerletzten Pfingstbuck so rechtlich gelächelt hatten, daß sie das Ueberfahrtschiff verjämten. — Und zwischen ihnen der Mann mit der sinnlosen, tobenden Mut im tiefsten Herzen.

Er kam nun zum drittenmal in den Pfingst- und Riedweidtrubel. — Freilich, der Bubenplatz lag jetzt still und dunkel, aber in den Wirtshäusern war's hell und laut. Abg. Steuermann Worringer wußte einen stillen Platz, wo er den Durst löschen konnte, der ihn verzehrte. Und es war spät in der Nacht, als er endlich heimging.

Vor seinem Haus, das friedlich und dunkel lag, stand ein Augeblick still und warf einen langen Blick nach dem Nebenhaus. Auch da war's dunkel. Die beiden Häuser waren jaft unter einem Dach, das eine genau gebaut wie das andere. Zwei Brüder hatten sich da ihre Wohnstätte errichtet vor fünfzig Jahren! — Und heute!

Steuermann Worringer fühlte, daß seine Zähne zusammenklagen in der warmen Mainacht. Er schloß die Tür auf. Ein kleines Lämpchen leuchtete matt. Die Tür der Schlafkammer stand offen. Ah, sie war wieder oben in der Giebelstube mit dem Kind. — Das tat sie jedesmal, wenn länger ausblieb, seit sie einmal vor ihm geflüchtet war, aber spät aus dem Wirtshaus heimkam. — Die Türklümpel blickte sie fast unter seiner zusaßenden Faust. — Mit einem schwerer Fuuch ging er in die Kammer.

(Fortsetzung folgt.)

ist völlig aus der Luft gegriffen. Ich habe nie im Arbeiter-Turnverein Leipzig-Süd gesprochen und kenne diesen Verein garnicht. Ich habe in Leipzig überhaupt noch nie in einer Versammlung gesprochen. Ich habe die mir in den Mund gelegte Äußerung weder in Leipzig noch sonst in Sachsen, noch überhaupt irgendwo, sei es öffentlich, sei es dem Sinne nach, getan, auch nichts Ähnliches geäußert, das so verstanden werden könnte. Mit Parteigrüß Wolfgang Heine."

Die Bezeichnung „Prügelpädagog“ ist noch immer strafbar. Vor der Strafkammer zu Bielefeld wurden am Sonnabend drei Beleidigungsprozesse gegen den Verantwortlichen der „Volkswacht“, Genossen Schädlich, verhandelt. Die „Volkswacht“ hatte im Oktober und November vorigen Jahres in entschiedener Weise gegen die Prügelpädagogik in den Volksschulen Front gemacht und unter Anführung von Tatsachen das Verhalten einiger Lehrer in Bielefelder Schulen kritisiert. Der Staatsanwalt hatte Strafantrag gestellt. Im ersten Falle billigte die Strafkammer dem Genossen Schädlich den Schutz des § 193 Str.-G.-B. zu. Er sei als Familienvater berechtigt gewesen, die Bielefelder Schulhände in der Zeitung zu kritisieren, und eine Abmahnung zu befehlen, könne aus dem Artikel nicht herausgesehen werden. Im zweiten Artikel wurde das Wort „Prügelpädagog“ als objektiv beleidigend angesehen. Das Gericht setzte dafür eine Geldstrafe von 100 Mark fest. Im dritten Falle stellte die Strafkammer nach eingehender Verhandlung das Verfahren auf Kosten der Staatskasse ein, da der Wahrheitsbeweis für die Behauptungen erbracht wurde und das Gericht keine beleidigenden Ausdrücke außer der bereits gewürdigten Bezeichnung „Prügelpädagog“ finden konnte.

Freiheitspreis. Am 6. November 1912 enthielt der „Vorwärts“ einen Artikel, in dem er mitteilte, daß von der Göttinger Strafkammer zwei streikende Arbeiter zu je 30 Mark Geldstrafe wegen Nötigung Arbeitswilliger verurteilt worden seien. Der eine habe gegen die nichtstreikenden Arbeiter eine nicht zu billigende Äußerung getan, der andere streikende Arbeiter, namens Flachsbart, habe jedoch kein Wort gesagt, sondern nur dabei gestanden. Flachsbart sei aber ebenfalls vom Schöffengericht zu 30 Mark Geldstrafe und von der Strafkammer zu Göttingen verurteilt worden, weil er durch sein Schweigen die mißbilligenden Worte des anderen streikenden Arbeiters moralisch unterstützt habe. Der „Vorwärts“ knüpfte daran die Bemerkung, daß nicht mehr geäußert werden könne, daß wir eine Klassenjustiz haben. Streikende Arbeiter werden auf alle Fälle verurteilt, gleichviel ob sie etwas getan haben oder nicht. Daraufhin stellte der Präsident des Göttinger Landgerichts Strafantrag gegen den verantwortlichen Redakteur, Genossen Wieleben, wegen Beleidigung der Göttinger Richter. Die Berliner Strafkammer verurteilte ihn zu 200 Mark Geldstrafe oder 20 Tagen Gefängnis.

Die Arbeiterbewegung in Mexiko. Der alte blutige Diktator Porfirio Diaz war natürlich ein grimmiger Gegner jeder Arbeiterbewegung. Tod oder lange Einperrung in den schlimmsten Gefängnissen der Erde — auf der Insel Man in der Bucht von Veracruz — waren, wie der Sekretär der jetzt in der Stadt Mexiko beherrschenden Parteiaktion erzählt, das Schicksal jedes, der als Sozialist oder auch nur als Vertreter des politischen Fortschritts galt. Als vor fünf Jahren in den Territorien von Rio-Blanco im Staate Veracruz ein Streik ausbrach, wurden etwa 200 Streikende, darunter viele Frauen und Kinder, von Soldaten niedergeschossen. Sofort nach dem Ausbruch des Streikens wurde von einigen Genossen die sozialistische Partei Mexikos begründet, die bis jetzt natürlich hundertprozentig in dem rückständigen, wirtschaftlich auf tiefster Stufe bedrückten und durch die inneren Kriege nicht zur Sammlung kommenden Volke geduldet hat. Zu gleicher Zeit entstanden viele Partisanenverbände, die sich sehr rasch entwickelten. Häufige Streiks traten auf, teilweise von gutem Erfolg und mit großem Erfolg. Seitdem befindet sich das arbeitende Volk in lebhafter Bewegung. So haben die Eisenbahner die Forderung des Achtstundentages aufgestellt. Man darf erwarten, daß aus dem Zusammenwirken beider Bewegungen binnen kurzem eine starke sozialistische Bewegung vorhanden sein wird, um gleichzeitig gegen die wirtschaftliche Ausbeutung und die Korruption der herrschenden Klassen den Kampf zu führen. Die Partei sucht namentlich mit den Genossen der Vereinigten Staaten enge Verbindung, hat im vorigen Jahre den Parteitag in Indianapolis besucht und eine Anzahl amerikanischer Parteiführer überredet. Sie sucht gleichfalls den Anschluß an die allgemeine Internationale. Zur Auskunft ist der Sekretär A. Serrano in Mexiko-Stadt, Avenida Laguarda Nr. 101, gerne bereit.

Gewerkschaftsbewegung.

Kriege im Baugewerbe. Am 27. Mai sind die Verhandlungen für das Baugewerbe von den Vorliegenden der in Betracht kommenden Organisationen unterzeichnet worden, nachdem auch für das Baugewerbe ein Schlichteramt gebildet worden ist. Ausgesprochen ist, daß alle Lohnverhandlungen vom 2. Mai rückwirkend in Kraft treten.

Baugewerkschaft in Kassel. Am Montag, dem 20. d. M., haben in Kassel etwa 100 Bauarbeiter, die dem Verband der Bauarbeiter angehören, die Arbeit niedergelegt. Die Arbeiter verlangen eine wünschenswerte Verbesserung des Lohnes, und zwar von 25 Pfg. in diesem Jahre auf 40 Pfg. im Jahre 1914 und 42 Pfg. im Jahre 1915. Die Bauarbeiter sind außerdem in diesem Jahre 100 bis 150 Mark, im nächsten Jahre 140 Mark und im Jahre 1915 150 Mark. Die genauen Bedingungen können bei den Bauämtern der Provinz in Kassel ohne weiteres erfragt werden. Die Unternehmer lehnen aber alle Forderungen ab. Es wird nun mit Hilfe von Gewerkschaften in Berlin und anderen Orten versucht, zu erreichen, Anzahl von Arbeitswilligen zu beschaffen. Der Fortschritt der Verhandlungen über liegt es, wenn die Bauarbeiter nicht die Hände gefaltet sitzen können. Die Bauarbeiter sind nach Kassel gekommen.

Baugewerkschaft in Warburg. Eine 200 Mann starke Bauarbeitergewerkschaft haben am 2. Mai die Arbeiter eingeleitet, nachdem die Unternehmer die geforderte Erhöhung des Lohnes um 25 Pfg. nicht zugestanden haben. Der Führer der Bauarbeiter ist Herr Bauer 45 Pfg. für Bauarbeiter 1914 und 50 Pfg. für die folgende Organisation hat sich am 2. Mai gebildet. Die Bauarbeiter einiger Unternehmern im Stadtdistrikt um 3 Pfg. zu erhöhen, wurde abgelehnt.

Arbeitslosigkeit im Territorium. Der Verband der Bauarbeiter hat vor einigen Tagen für die Arbeiter der Provinz eine Konferenz einberufen. Das hat sofort die Aufmerksamkeit der Unternehmer auf den Plan gebracht. Der Arbeitgeberverband der Provinz hat sich sofort an den Bauarbeiter gewandt, um zu erfahren, in welchem die Unternehmer zu unterstützen sind, um zu verhindern, daß die Arbeiter den hiesigen Lohn nicht für die Arbeiter an den Bauarbeiter übertragen können, und ihre weiteren Maßnahmen daran zu denken. Die Arbeiter, die es wagen, mit den hiesigen Bauarbeitern zusammenzugehen, sollen also großes Interesse haben.

Aus dem Gerichtssaal.

Ihr laßt den Armen schuldig werden. Ein erschütterndes Bild entrollte sich dieser Tage vor der Strafkammer in Kassel. Wegen fahrlässiger Tötung hatte sich die Arbeiterwitwe Schmidt aus Janow vor den Richtern zu verantworten. Am 21. Januar, morgens 6 Uhr, ging sie nach ihrer Arbeitsstelle in der Zündholzfabrik und schloß ihre vier Kinder im Alter von einhalb bis sechs Jahren in der Wohnung bei einer brennenden Lampe ein. Als die Frau um 8 Uhr morgens einmal nach Hause eilte, um nach ihren Lieblingen zu sehen, drang dichter Rauch aus der Wohnung. Die Kinder wurden als Leichen aufgefunden. Nach dem Weggehen der Mutter hatten die Kinder Papier über der Lampe entzündet und fortgeworfen. Das brennende Papier war in einen Korb mit Wäsche gefallen und hatte den Inhalt entzündet. Der Tod der Kinder war durch Rauchvergiftung eingetreten. Die bedauernswerte Mutter wurde zu einer Woche Gefängnis verurteilt. — Dem Gesetze ist Genüge geschehen. Das arme Weib, das sich quälte, die vier hungrigen Mäuler zu stopfen, hat gegen das Gesetz gekämpft, hat fahrlässig gehandelt und wandert ins Gefängnis. Wieviel tausend Frauen tagaus tagein unter denselben elenden Verhältnissen fronden und gegen das Gesetz kämpfen! Gehören sie alle auf die Anklagebank oder müßte nicht vielmehr eine Gesellschaft im Anklagezustand verfaßt werden, die es zuläßt, daß eine Mutter, die dem Staate vier Arbeitskräfte heranzieht, durch die Not gezwungen wird, in die Fabrik zu gehen?

Folgen des Gefindprügelrechts. Das knapp achtzehnjährige Dienstmädchen Minna Elze von Schaftedt stand vor dem Schwurgericht in Halle an der Saale unter der schweren Anklage, am Morgen des 22. März ds. J. versucht zu haben, ihren Dienstherrn, den Viehhändler Ernst Heinrich, mit einem Beil im Bett zu töten. Am Tage vorher, dem sogenannten stillen Freitag, hatte der Dienstherr das junge Mädchen durch Schläge ins Gesicht grob mißhandelt, so daß die Augen verquollen und mit blauen Flecken umgeben waren. Die G. war durch die Tochter des Dienstherrn gereizt und soll dann den Eheleuten einige unpassende Nebenbarten gegeben haben. Als die Angeklagte am Morgen nach der Prügelei in den Spiegel schaute und ihre verquollenen blauen Augen sah, geriet sie in eine derartige Erregung, daß sie ein in der Küche liegendes Küchenbeil ergriff und damit dem im Bett liegenden Dienstherrn einen Stieb gegen die Stirn versetzte. Sie hatte, wie sie vor Gericht angab, dem Dienstherrn wegen der Mißhandlung nur eins auszuweisen wollen; die Verletzung war auch nicht gefährlich und bald geheilt. Der bisher unbestrafte Angeklagte wurde von dem Kaiser, dem letzten Lehrer und andern Personen das beste Zeugnis und attestiert. Sie sei artig, fleißig und von gutem Charakter gewesen. Dagegen sagte der Nachwächter von Schaftedt, der dort 23 Jahre dienlich tätig ist, über den Dienstherrn aus: Heinrich habe sich schon allermächtigst herumgeschlagen, und es sei allgemein bekannt, daß er seine Diensthilfen schlecht behandle. Wegen seines Betragens habe er den Beinamen „der eiserne Heinrich“ erhalten. Daß er von dem Mädchen einmal etwas ausgemischt bekommen habe, schade nicht. Ein Anwalt, der bei Heinrich beistand, meinte, ihm sei bei jeder Gelegenheit Dreche angeboten worden. Die Geschworenen verneinten die wegen Todeschlags gestellte Schulfrage, fanden die Angeklagte aber der „hinterlistigen Körperverletzung mittels Waffe“ schuldig. Darauf erfolgte Verurteilung zu einem Jahre Gefängnis.

Zur Barbarei der Militärjustiz. Aus Rom wird geschrieben: Der damals 21jährige Landarbeiter Biagioli befand sich im Mai 1911 als Soldat in einem befestigten Lager vor Bengasi und wurde wegen Diebstahls in Arrest erklärt, weil man das Vorzeuße eines Sergeanten bei ihm vorfand. Der Soldat behauptete, die Briefstücke gefunden zu haben, man schenkte ihm aber keinen Glauben. Aus dem Gefängnis entwich er und flüchtete ins türkische Lager. Nach dem Friedensschluß war er nado genug, sich dem italienischen Konsul in Konstantinopel zu stellen, um wieder in die Heimat abgehoben zu werden. Der kesserte den Biagioli dem Kriegsgericht von Bengasi aus, wo er sich wegen Diebstahls und Fahnenflucht verantworten sollte. Von der Anklage des Diebstahls wurde er freigesprochen, weil das Gericht Fahnenflucht annahm. Wegen der Fahnenflucht wurde der Unglückliche aber unter Zustimmung mildernder Umstände zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Und der arme Teufel hatte sich ganz treuherzig dem Konsul gestellt und um Ablass in die Heimat gebeten! Das Militärgericht hat nicht den in der Unterjudenwirtschaft befindlichen Angeklagten gesehen, der natürlich jede Gelegenheit zum Ausruhen benutzte, sondern den Fahnenflüchtigen! Zu dieser Auffassung gehört ein Unverständnis, den man eigentlich nur den Berufsrichtern zutrauen sollte. Man sieht: der Gemeingeist macht diesen Konflikt!

Aus Nah und Fern.

Der Wiesomer Bürgermeister Troemel, der, wie bekannt, in die Fremdenlegion geschickt ist, hat dem Beigeordneten der Stadt Wiesom eine Anfahrtskarte aus seinem Garnisonort Saida in Ägypten geschickt mit folgendem Inhalt: „Ein Lebenszeichen von mir mit diesem Postkartenzug. Den Dienst hier vermag ich noch ganz gut auszuhalten. Ich denke oft an dort. Viele Grüße Ihnen und Ihrer Familie Ihr Paul Troemel.“ Die Regierung wird nunmehr Schritte tun, um Troemel auf disziplinarischem Wege seines Amtes als Bürgermeister zu entsetzen. Da es sich hier lediglich um eine Formschere handelt, wird das Verfahren rasch sonntagen gehen. Alsdann soll die Stelle neu ausgeschrieben werden.

Wofür Folgen einer Spielerei. In der vorletzten Nacht ahnten in einem Konzertgarten in Halle a. d. S. mehrere Studenten in der Bierlaune die Apfelschußjäger im Zell nach. Der Student Krusefopp stellte sich ein Biereis auf den Kopf, während die anderen mit der Pistole danach schossen. Krusefopp wurde dabei durch einen Schuß in den Kopf tödlich getroffen.

Überfall und Selbstmord. Aus Kassel wird berichtet: Dienstag nachmittags lief eine in der Friesenstraße wohnende Frau, deren Mann abwesend war, einen ihr bekannten Mann am Hüfte an, weil sie von einem in ihrer Wohnung befindlichen Manne mit einem Revolver bedroht wurde. Kurz darauf wurden aus der Wohnung Revolvergeschosse gehört. Verheerende Nachbarn fanden die Frau und den ihr zu Hilfe geeilten Mann schwer verletzt und einen anderen Mann tot vor. Die näheren Umstände sind noch nicht aufgeklärt. Der Erschlagene soll angeblich Selbstmord verübt haben.

Über den grauenhaften Mord in Mühlheim wird noch gemeldet, daß als mutmaßlicher Täter ein Onkel des ermordeten Knaben, der hiesige Metzgermeister Klein, verhaftet worden ist.

Großfeuer in Wolgast. In der Nacht zum Dienstag in einem Fabrikgebäude der Wolgaster Holzindustrie-Aktiengesellschaft ein großes Feuer ausgebrochen, das die gesamten Fabrikräume vernichtete. Außer dem dreistöckigen Maschinenhauptgebäude sind die Lagerchuppen sowie der Lagerplatz mit bedeutenden Holzvorräten zerstört worden. Erhalten blieb nur das Wohnhaus des Direktors. Der Schaden wird auf über eine halbe Million Mark geschätzt. Die Feuerwehre ist damit beschäftigt, den bedrohten Lagerplatz der Holzgewerkschaft von Mohu, der unmittelbar angrenzt, zu schützen. Ein Tischlermeister erlitt schwere Quetschungen und Verletzungen und mußte nach der Greifswalder Klinik gebracht werden. Auf dem Werk sind 280 Arbeiter beschäftigt.

Fahrpreisvergünstigungen im Klassenstaat. Die Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen ist durch ihre übertriebenen Sparmethoden geradezu berüchtigt; das sie aber auch äußerst kulant sein kann, zeigt folgende Mitteilung im Organ des sächsischen Ingenieur- und Architektenvereins vom April 1913. Darin ist u. a. folgendes zu lesen:

Die königliche Generaldirektion der sächsischen Staatsbahnen hat den Mitgliedern des Vereins für die Reise zur 174. ordentlichen Hauptversammlung nach Dresden und zurück wiederum 250 Freifahrtsscheine 2. Klasse zur Verfügung gestellt.

Schließlich wird aufgeführt, die nicht benutzten Freifahrtsscheine zurückzugeben. Die Massenentscheidung scheint also eine überreichliche gewesen zu sein und die Nachfrage überstiegen zu haben. Dieser Verein besteht hauptsächlich aus Regierungsbaumeistern und Bauärzten, seine Tagungen zum Teil aus Vergnügungen. Als kürzlich die Dresdener Arbeiterturner für ihre Turnfahrten um dieselben Fahrpreisvergünstigungen nachsuchten, die man den mordspatriotischen Vereinen gewährt, wurden sie zurückgehandelt abgewiesen. Und das geschah von der selben Generaldirektion, die an ersteinstufige Vereinigungen wohlhabender Leute in Massen Freifahrt vergibt. Die Art Verkehrspolitik dürfte wohl auch noch im Landtage befeuert werden, zumal diese Schenkungen jedes Jahr zu erfolgen scheinen.

Eine folgenschwere Verwechslung. In Ruzwil (Vothringen) ist eine fünfstöpfige Familie durch den Genus von Schierling erkrankt. Das Dienstmädchen ist bereits gestorben. Es hatte Peterfille mit Schierling verwechselt und in die Speisen gemischt.

Krieg im Frieden. Auf dem Altöfener Exerzierplatz plägte während einer Pionierübung eine Bombe; zwei Soldaten wurden getötet, einer verletzt.

Eine brennende Konfirmandin. In der römisch-katholischen Kirche von Notre Dame auf dem Leicester Square in London stand am letzten Sonntag während der Hochmesse eine Konfirmandin in Flammen. Das Mädchen in ihrer weißen Konfirmandinrobe, im Kranz und Schleier, plötzlich wild aufschreiend in der Kirche umher. Der Schleier hatte an einem Gasofen Feuer gefangen und stand schnell in hellen Flammen. Starke Erregung bemächtigte sich der Umstehenden, und alles schien kopflos zu sein, bis schließlich eine Dame einen großen blauen Teppich über das Mädchen warf und in dieser Weise die Flamme erlöschte. Polizei drang ebenfalls zur Hilfeleistung in die Kirche, aber die Gefahr war bereits vorüber, und das Mädchen ist nicht ernsthaft verletzt.

Fahrlässige Tötung? Die Strafkammer hat das Verfahren gegen die Naturärzte Dr. Spohr und Dr. Bachem wegen fahrlässiger Tötung und fahrlässiger Körperverletzung eröffnet. Dr. Spohr war im Frühjahr 19 an den Blattern erkrankt. Er wurde von Dr. Bachem behandelt, ohne daß die gesetzlich vorgeschriebene Anzeige gemacht wurde. Mehrere Personen wurden dann angesteckt. Eine ältere Dame ist an den Blattern gestorben.

Eingestürzt. Gestern morgen ist in der Adalbertstraße in Wagen ein Restaurationsgebäude eingestürzt. Neben dem eingestürzten Hause werden Ausschachtungsarbeiten für einen Warenhausneubau vorgenommen. Die Bewohner waren schon in der Nacht aus dem Hause gegangen, da sie ein verdächtiges Geräusch gehört haben; es liegt ist niemand worden.

Fünf Postbeamte bei einer Zugentgleisung verletzt. Am Essen a. d. Ruhr wird amtlich gemeldet: Am 27. Mai, vormittags 7 Uhr 13 Minuten entgleiste auf dem Bahnstrecke Mühlheim an der Ruhr bei der Ausfahrt nach Strun von dem D-Zug 119 Kassel-Oberhausen der unbesetzte Schlafwagen, während der dahinter laufende Postwagen umstürzte. Von den Insassen haben sich fünf Postbeamte als verletzt gemeldet. Das Gleis Mühlheim an der Ruhr-Quisburg war vormittags gesperrt. Der Bericht wurde durch Umsteigen aufrecht erhalten. Ursache der Entgleisung ist vermutlich falsche Weichenstellung.

Schiffsunfall. Aus Gerona wird gemeldet: Auf einer See bei der Stadt Bannoas ist ein Motorboot untergegangen; zwölf Personen sind ertrunken.

Todessturz vom Leuchtturm. Auf höchst romantische Art beging ein junger Mann in Genua Selbstmord. Dienstagabend erschien ein zwanzigjähriger eleganter Student, Luigi Caviglia, bei dem Leuchtturmwärter und bat um die Erlaubnis, das Hafenpanorama von oben zu genießen zu dürfen. Der Wärter führte den Fremden auf die Plattform des 135 Meter hohen Turmes hinauf. Als der Mann einen Augenblick abwandte, warf der junge Mann Hut und Stock weg und sprang zum Entsetzen des Führers über die Brüstung in die Tiefe. In den Taich des gänzlich zerstückelten Leuchtturms fand man ein Zerteil mit dem letzten Willen des Selbstmörders. Die Verfügte, daß man ihm einen großen Rosenkranz, die Arme legen, und daß man sein Grab nicht etwa in einem Kreuz, sondern mit einer Marmorpyramide mit auflösenden Frauenhaaren schmücken soll.

Ein würdiger Pfadfinder. Der „Feldmeister“ d. Mannheimer Pfadfindertuppe, Musiklehrer Christian Thomae, lockte im August letzten Jahres ein junges in seiner Abteilung in seine Wohnung und verging an diesem in der schneidendsten Weise. Die Strafkammer Mannheim verurteilte den Wüstling zu einer Gefängnisstrafe von 6 Monaten und hob in der Urteilsbegründung hervor, daß es sich bei dem Feldmeister um ein perveries, sittlich defektes Menschen handelt.

Tropische Hitze in London. Seit drei Tagen schwebt London unter fast tropischer Hitze. Am Montag stieg das Thermometer bis auf 27 Grad Celsius. Seit dem 16. d. des vorigen Jahres war das der heißeste Tag, den man London erlebt hat. Viele Personen wurden auf der Straße vom Hitzschlag getroffen. Der Führer eines Autoomnibusses erlitt einen Hitzschlag, während sich das vollbesetzte Gefährt in voller Fahrt befand. Einem Polizisten gelang es, auf in voller Fahrt befindlichen Wagen zu springen und dieselben anzuhalten, so daß ein Unglück verhütet werden konnte.

Verantwortlicher Redakteur: Johannes Stelling
Verleger: E. Schmarz, Druck: Friedr. Meyer & Co.
Sämtlich in Lübeck.

Die geht vorwärts auf und ab ...

Da erbetten mir, daß der die ...

Der die war auf der ...

Ich mir, nachdem er es ...

Die ist nicht anders ...

Ein Stück Brot.

Von ...

In der ...

Es war ganz ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

Die ...

dem ...

Die ...

Die ...

Der Sternhimmel im Juni.

Am 1. Juni um 10 Uhr ...

Die Quellen der ...

Die ...

Für unsere Frauen.